

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüdigerstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gespaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. / Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Ver minderung der Arbeitslosen

Die Versuche in England und Deutschland

Aus den Schriften von Karl Marx haben wir die Erkenntnis gezogen, daß die kapitalistische Wirtschaft von einem wachsenden Heer beschäftigungsloser Menschen begleitet ist. Marx hat dafür die Bezeichnung industrielle Reservearmee. Infolge der Anschließung des Arbeitslosenheeres ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem der Gegenwart. Es ist nun lehrreich, wie England, das sehr hart von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, den Versuch macht, die Gefahr einer dauernden Arbeitslosigkeit zu bannen. England hat seit Kriegsende eine Arbeitslosenzahl von über 1 Million. Die Arbeitslosigkeit Englands ist aber nicht einheitlich. Es gibt Distrikte, wo sie sehr gering ist, dafür ist sie in anderen um so höher. Drei Industrien sind es namentlich, die schwer daniederliegen, der Kohlenbergbau, die Eisenindustrie und die Textilindustrie. Am schwersten ist der Kohlenbergbau betroffen. Dies liegt an den bekannten Gründen des Kohlenüberschusses und der Erhöhung der Förderung durch Rationalisierung und andere Maßnahmen. Der englische Kohlenbergbau ist von öffentlichen Mitteln jahrelang unterstützt worden. Der große Streit brach ja deshalb aus, weil die Regierung sich dieser großen Last entledigen wollte. Gegenwärtig ist man wiederum dabei, eine mittelbare Staatshilfe für den Kohlenbergbau einzuführen. In der Eisenindustrie ist sowohl die Erzeugung wie die Verarbeitung schwer von der Krise betroffen.

Zahl von Arbeitslosen durchzuschleppen haben. Was also auf diesem Gebiete liegt, mußte getan werden. Darüber hinaus hat aber auch die Regierung die Verpflichtung, helfend eingzugreifen. Öffentliche Mittel sind bereitzustellen, um notwendige Arbeiten in Angriff nehmen zu können. Es ist als ein Unfug zu bezeichnen, daß die Reichsbahn sehr dringende Arbeiten nicht zu vergeben vermag, weil es ihr an Mitteln fehlt.

Wie Keynes mitteilt, beträgt die Reinerzeugung einer arbeitenden Person in England jährlich 220 Pfund Sterling oder 4400 M. Eine Million nichtarbeitender Personen bremst also die Produktion um 4,4 Milliarden Mark. Um diese ungeheure Summe wird die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung geschwächt. Denn auch bei uns werden rund 900 000 bis 1 Million Arbeitslose vorhanden sein. Daraus erhellt die volkswirtschaftliche Wichtigkeit des Arbeitslosenproblems. Kein Einfluß mußte zu hoch sein, um hier zu einer Besserung zu gelangen. Von einer Milderung der Arbeitslosigkeit hängt aber zum großen Teil auch die Gewerkschaftsarbeit ab. Deshalb ist es für die Gewerkschaften von höchstem Belang, die Krise auf dem Arbeitsmarkt bald zu mildern. Eine hungernde Bevölkerungsschicht, die nach Millionen zählt, bildet nicht nur eine Gefahr für den Staat, sondern auch für die Kulturarbeit der Gewerkschaften.

gleichzeitig zu machen. Wenn er es kann, beglückwünsche ich ihn zu solcher Genialität. Wir anderen aber, wir Durchschnittsmenschen, können es nicht. Es ist somit ganz klar, daß es hier an Arbeitskräften gemangelt hat, und naturgemäß denken wir an den Aufbau von Personal, der im Eisenbahnbetriebe in den letzten Jahren vorgenommen worden ist.

Kommen wir nach München. Ich will nicht auf all die vielen Einzelheiten eingehen, die Dr. Dormmüller über dieses Unglück ausgepackt hat. Die Leser dürften sie aus der Tagespresse kennen. Ich will mich auf einen Punkt beschränken, der für sich allein entscheidend sein mußte. Ein Zug ist auf der Strecke stehen geblieben. Der gesunde Menschenverstand sagt sich: mögen nun alle Signale und Vorrichtungen verfallen, mag der Streckenwärter in seiner Blockbude plötzlich krank gemorden oder gestorben sein, auf alle Fälle muß doch der Lokomotivführer des folgenden Zuges sehen, daß da ein Zug steht. Wie kann er auf ihn auffahren?

So klug war in der Tat auch der Untersuchungsrichter in München. Er hat — heißt es breitfüßig in dem Bericht — durch Versuche festgestellt, daß der Lokomotivführer schon auf 654 Meter die roten Schlußsignale des liegen gebliebenen Zuges erkennen konnte.

Also das hat der Untersuchungsrichter „festgestellt“. Und bekanntlich, wenn die Juristen etwas „feststellen“, dann ist es so. Da heißt die Maus keinen Faden ab.

Nun aber finde ich in der Arbeiterpresse die Zuschrift eines Lokomotivführers, die über diesen heiklen Punkt besagt:

„Kondensdampf verhinderte die Aussicht, also eine Undichtigkeit vorn an der Lokomotive. Ja, warum ist sie nicht beseitigt worden? Warum verläßt eine beschädigte Maschine den Stall? ... Ja, wird der Lokomotivführer sagen, was soll ich denn bei der kurzen Vorbereitungszeit noch alles machen! Da habe ich erst den Werkführer. Der erklärt, daß er keine Sekunde hat. Fahren Sie man, es wird schon gehen, bis Sie zurückkommen. Wenn ich dann auf der Reparatur bestehe, sucht er einen Schloffer. Der schimpft wieder, daß er von einer Arbeit zur andern gejagt wird und keine fertig machen kann, nur den ganzen Tag sein Werkzeug ein- und auspackt und es späteren tags. Sieht man dann im Reparaturbuch, daß vom vorigen Lokomotivführer Undichtigkeit gemeldet wurde, dann heißt es: ich hatte nicht genug Sekunde, und wegen der Kleinigkeit läuft die Maschine doch, eine Tour wird es schon noch gehen.“

Na, es geht ja auch, und das ist eigentlich das schlimmste dabei. 99 mal läuft die Maschine mit dem kleinen Fehler, ohne daß etwas passiert; das eine Unglück beim hundertsten Male ist dann aber unter Umständen so fürchterlich wie in München.

Eisenbahnunfälle werden vermutlich nie ganz vermieden werden können. Aber die entsetzliche Häufung, die wir jetzt erleben, die ist ganz offenbar durch den Personal mangel, durch den rücksichtslosen Personalabbau der letzten Jahre verschuldet.

Will nun das aber jemand mit pfiffiger Miene auf den Versailler Vertrag, auf die französischen und sonstigen „Erbfeinde“ abhändeln, dem empfehle ich, in Karl Marx „Kapital“ (Gemeinverständliche Ausgabe von F. Borchardt, Kapitel 10c) nachzulesen, was im Jahre 1865 englische Zeitungen über gewaltige Eisenbahnkatastrophen und entsprechende Gerichtsverhandlungen zu erzählen mußten. Er wird daraus erkennen, daß schon damals der Kapitalismus ganz ebenso wie heute mit der Arbeitskraft des Eisenbahnpersonals und mit dem Leben der Reisenden umsprang. J. H. L. S.

Eisenbahnkatastrophen

Was politisch in Bayern vorgeht, ist zu bekannt, als daß sich ein Verständiger darüber aufregen könnte, wenn bei jeder noch so unpassenden Gelegenheit gewisse Leute in Bayern ihre nationalitätlichen Reden loslassen. Herr Dr. Dormmüller aber, der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft hat es für nötig erachtet, die Presse Ende Juli zu einem besonderen Vortrag einzuladen, um sich gegen die aus Bayern kommenden Vorwürfe zu verteidigen, als kämen dort neuerdings nur deshalb so viel Eisenbahnunfälle vor, weil man den Bayern ihre eigene, vom Reich abgetrennte Eisenbahnverwaltung genommen hat; infolge dessen werde nicht mehr dieselbe Sorgfalt auf die bayerischen Bahnen verwendet, wie früher von der eigenen bayerischen Verwaltung. Solch Gerede paßt zwar vorzüglich in den Kram jener Hege, die am liebsten Bayern als selbständigen Staat vom Reich ablösen und damit Deutschland und auch Bayern selbst in jeder Hinsicht, politisch, kulturell, wirtschaftlich, namentlich auch sozialpolitisch auf eine noch tiefere Stufe herabdrücken möchten. Im übrigen erledigt sich das Gerede durch die einfache Überlegung, daß Bayern für sich allein — mit insgesamt 7 1/2 Millionen Einwohnern — bei weitem nicht so viel Mittel zur Verfügung haben würde, auch nicht für Unterhaltung und Ausbau der Eisenbahnen, wie innerhalb des Gesamtverbandes der 63 Millionen Bewohner des Deutschen Reichs.

Man darf demnach bezweifeln, ob es wirklich nötig war, den kindlichen Vorwurf mit solcher Ausführlichkeit und solchem Entgehen auf Einzelheiten zu widerlegen, wie Dr. Dormmüller das getan hat, und wie das nun in der gesamten Presse verbreitet wird. Jedenfalls hat er dabei eine Nebenwirkung erzielt — ob er sie auch bezweckte, will ich unerörtert lassen — die die Gewerkschaften nahe angeht. Die Nebenwirkung nämlich, daß nun der Eindruck entsteht, als ob an den vielen schweren Unfällen der letzten Zeit ganz einfach das Personal schuld sei, wobei nicht nur das Fahrpersonal in Betracht kommt, sondern auch die Schloffer in den Reparatur- und sonstigen Werkstätten der Eisenbahn.

Mit besonderer Breite behandelte nämlich Herr Dr. Dormmüller die beiden furchtbaren Katastrophen zu Sieglisdorf und im Hauptbahnhof zu München. Bei Sieglisdorf wurden die Geleise ausgebessert, und der Kottenführer hat, obwohl die Reparatur noch nicht fertig war, die Langsamfahrtsignale fortgenommen. Das ist gewiß ein schweres Versehen, das wir nicht beschönigen wollen. Aber passiert nicht jedem Menschen mal ein Irrtum? Ich bin überzeugt, daß sogar Herr Dr. Dormmüller in höchst eigener Person nicht völlig fehlerfrei arbeitet, daß auch er hin und wieder mal etwas vergißt oder aus Versehen zu viel tut. Im Eisenbahnbetriebe, wo es stets um Tod und Leben geht — 24 Personen sind durch den Irrtum des Kottenführers zu Tode gekommen! — hält man es für selbstverständlich, daß Vorkehrungen bestehen, die solch einen Irrtum bei Zeiten wieder gut machen.

Die sind auch da, sagt Dr. Dormmüller. Der Bahameister war verpflichtet zu kontrollieren. Er war auch an Ort und Stelle, aber während die Rotte noch arbeitete und die Signale noch dastanden. Dann ging er in sein Büro und machte die Lohnlisten fertig. (Manche Zeitungen verstehen in ihrem Bericht diese Stelle so geschickt aufzumachen, daß der Vortrag durchklingt, als sei der Umstand, daß die Arbeiter überhaupt Löhne verlangen, schuld an dem Unglück! Sonst hätte doch der Bahameister Zeit gehabt.) Dr. Dormmüller selbst aber fuhr fort: „Da das Büro nur 200 Meter von der Umkaufstelle entfernt liegt, wäre es für den Bahameister eine Kleinigkeit gewesen, sich von dem betriebsföhreren Zustand zu überzeugen, ehe die Signale fortgenommen wurden.“

Eine Kleinigkeit? Wieder möchte ich wissen, ob Herr Dr. Dormmüller selbst in stande ist, zwei ganz verschiedene Arbeiten, deren jede noch dazu in bestimmter Frist fertig sein muß,

Der Wohnungsbau

Aber die Wohnungsnot in Deutschland ist man jahrelang auf mehr oder weniger genaue Schätzungen angewiesen gewesen. Einen klaren Überblick brachte erst die Reichswohnungszählung, nach deren Ergebnissen in Deutschland rund eine Million Wohnungen fehlen. Soll diese Wohnungsnot beseitigt werden, so müssen in den nächsten zehn Jahren mindestens 300 000 Wohnungen jährlich erbaut werden, für deren Herstellung jährlich ein Betrag von 2,4 Milliarden Mark erforderlich wäre. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die Arbeiterschaft jeder nur erdenklichen Lösung der Wohnungsfrage freudlich gegenübersteht. Nicht diejenigen leiden unter der Wohnungsnot, die in der Lage sind, jeden Mietspreis zu zahlen, sondern der Leidtragende ist die breite Masse, die die Mietspreise nicht erschwingen kann.

Unsere Forderungen gehen dahin, daß die Hauszinssteuer, jährlich 1700 Millionen Mark, für den Wohnungsbau voll bzw. teilweise verwandt wird, während jetzt nur etwa die Hälfte dafür verwendet wird. Zweitens die Aufnahme von Auslandsanleihen für Wohnungsbauten, die der Reichsbankpräsident Schacht bisher als unproduktiv verhindert hat. Ohne Verwendung öffentlicher Mittel ist die Herstellung neuer Wohnungen zu erschwinglichen Preisen unmöglich. Die Neubaumieten müßten dann infolge der hohen Baustoffpreise auf 300 bis 400 Mark der Friedenszeit und darüber steigen, während sie jetzt zwischen 150 und 170 Mark liegen. Auch dieser Satz ist heute noch so hoch, daß ihn die Arbeiter und Angestellten nicht bezahlen können.

Drittens ist für den Bau von Kleinwohnungen in erster Linie zu sorgen. In den letzten Jahren wurden nur etwa 25 000 Kleinwohnungen neu geschaffen, und im ersten Vierteljahr 1928 beträgt der Zugang an Kleinwohnungen etwa 4000. Im ganzen sind im ersten Vierteljahr 26 437 Wohnungen erstellt worden. 90 bis 95 dieser Wohnungen wurden bemerkenswerterweise mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet. Dabei handelt es sich um Bauten, die in der Hauptsache aus der vorjährigen Bauperiode noch unvollendet übernommen wurden. In den Mittelstädten hat im allgemeinen die Neubau-

Welche Vorschläge werden nun in England gemacht, um die Massenarbeitslosigkeit zu mildern? Anfang dieses Jahres wurde eine Kommission (Industrial Transference Board) gebildet, die vorgeschlagen hat, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Ihr jetzt vorliegender Bericht enthält u. a. den Vorschlag, aus den Bezirken des Kohlenbergbaus und der Eisenindustrie Arbeiter nach anderen Bezirken Englands oder nach anderen Ländern, namentlich nach den schwach bevölkerten Kolonien zu verpflanzen. Man ist zu der Meinung gelangt, daß selbst bei günstiger Geschäftslage im Bergbau 200 000 Arbeiter in der Eisenindustrie 100 000 dauernd beschäftigungslos bleiben. Will man diese Arbeiter in anderen Gegenden anstellen, so muß mit der Verpflanzung einer Bevölkerungszahl von mindestens 600 000 bis 800 000 gerechnet werden. Daß eine solche Überfiedlung großer Arbeitermassen nicht so leicht ist, braucht nicht des näheren auseinandergelegt zu werden.

Es sind aber auch noch andere Vorschläge, die zur Beseitigung der Wirtschaftsnot in England gemacht werden. Der englische Wirtschaftstheoretiker Keynes setzt sich in einem Aufsatz im BZ mit der Notlage der englischen Wirtschaft auseinander. Er wendet sich gegen die Forderung der Unternehmers, die hohen Löhne Englands herabzusetzen. Ein weiterer Weg, der Schwierigkeiten Herr zu werden, ist die Rationalisierung, die in der Einschränkung nicht rentabler Zweige und in der Beschränkung auf nutzbringende Geschäfte ihren Ausdruck findet. Der dritte Weg ist der Versuch, die Beschäftigung wichtiger Industriezweige durch künstliche Nachfräge zu erreichen. Der Bank von England und dem englischen Schatzkanzler fallen hierbei wichtige Aufgaben zu. Die Bank von England soll das Kreditgeben soweit ausdehnen, daß jeder wirtschaftende die notwendigen Mittel erhält, um seine Geschäfte fortzuführen und zu erweitern. Zu den Maßnahmen, die der Schatzkanzler vornehmen soll, rechnet Keynes folgende:

Jede öffentliche Verwaltung und jede Lokalbehörde sollte ermuntert und unterstützt werden, alle guten Pläne für Kapitalanlagen, die fertig vorliegen oder vorbereitet werden können, durchzuführen, wie Straßen-, Brücken-, Hafenanlagen, Errichtung von Gebäuden, Niederlegung verschmutzter Viertel, Elektrifizierungen, Telefonverbindungen usw. Solange wir unbeschäftigte Arbeiter sowie stillliegende Fabriken und mehr Erwerbsmöglichkeiten haben, als wir zu Werke verwenden, ist es töricht zu sagen, daß wir uns diese Dinge nicht leisten können. Denn mit den unbeschäftigten Arbeitern und Fabrikanlagen und mit nichts anderem werden diese Dinge getan. Arbeiter, Zement, Stahl, Maschinen und Transportmöglichkeiten zur Verfügung zu haben und zu sagen, daß man es sich nicht leisten kann, den Bau von Häusern oder was es sonst auch sein mag, in Angriff zu nehmen, bedeutet ernste Geistesverwirrung.

In Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie in England. Auch bei uns wird die Arbeitslosigkeit noch im Jahre 1928 sehr groß sein. Deutschland vermag allerdings keine Arbeitskräfte nach eigenen Kolonien zu verpflanzen, selbst wenn wir die alten Kolonien noch hätten, würde der Abzug von Arbeitskräften dorthin sehr gering sein. Die Auswanderung hängt ebenfalls auf unabänderliche Schwierigkeiten. Alle Länder haben bekanntlich scharfe Bestimmungen getroffen, um die Einwanderung von Arbeitskräften zu verhindern. Es bleibt mithin nur eins: die vorhandenen Arbeitskräfte im Inlande unterzubringen. Welche Wege sind hier möglich?

Das Keynes für England vorschlägt, dürfte auch für Deutschland wichtig sein. Vor allem ist es notwendig, die Hemmnisse zur Erlangung günstiger Kredite zu beseitigen. Auch die Reichsbank muß in ihrer Kreditgewährung liberal sein, es heißt bestimmten wirtschaftlichen Notwendigkeiten sich nicht verschließen. In der gleichen Linie liegt die Forderung, aus dem Kapital zu den günstigsten Bedingungen ungehemmt auszulassen. Und zwar nicht nur für die private Geschäftswelt, sondern auch für die öffentlichen Körperschaften. Es ist ein Vergleich, den Gemeinden die Aufnahme von Anleihen zu erschweren, wenn sie auf der anderen Seite eine große

tätigkeit nachgelassen. Bedauerlich ist, daß bei allen Städtegruppen ein Überwiegen neuer Mittelwohnungen festzustellen ist. Auf Kleinwohnungen entfiel im ersten Viertel dieses Jahres bei den Großstädten nur etwa ein Drittel und bei den Mittelstädten nur etwas über zwei Fünftel der neu errichteten Wohnungen. Was die Statistik Mittelwohnungen nennt, ist heute für den Arbeiter und Angestellten einfach unerschwinglich. Die Wohnungsnot muß im Reich und in den Städten dahin gelenkt werden, daß in erster Linie der noch immer riesenhafte Wohnungsbedarf der breiten Massen, die Mittelwohnungen nicht bezahlen können, befriedigt wird.

Aus einer Untersuchung des Reichsarbeitsministeriums und des Instituts für Konjunkturforschung werden berechnete Zahlen über die Summen bekannt, die im deutschen Wohnungsbau insgesamt während der beiden Jahre 1927 und 1926 angelegt worden sind. Dabei ist von ganz besonderem Belang die Erkenntnis, wie außerordentlich groß der Anteil öffentlicher Mittel und öffentlicher Banken an diesen Summen ist und wie auffallend gering der Beitrag privatkapitalistischer Banken ist, wodurch der gemeinwirtschaftliche Charakter des heutigen Wohnungsbauens in besonders drastischer Weise unterstrichen wird.

Insgesamt wurde nach den Schätzungen der beiden amtlichen Stellen im Jahre 1927 im Wohnungsbau die große Summe von 3200 Millionen Mark angelegt gegen 2400 Millionen im Jahre 1926. Reich, Länder und Gemeinden haben davon allein mit 1500 (im Vorjahre 1480) Millionen fast die Hälfte zur Verfügung gestellt. Davon stammen aus der Hauszinssteuer 850 und 743 Millionen, aus öffentlichen Anleihen und Darlehen 425 und 410 Millionen und direkt aus dem öffentlichen Haushalt 120 und 135 Millionen. Weitere sehr große Beträge sind von öffentlichen Banken oder Sparkassen zur Verfügung gestellt worden.

Auf der andern Seite sind von den privaten Hypotheken-Aktienbanken nur 210 (gegen 100 Millionen im Jahre 1926) beschafft worden, so daß auf die Hypotheken-Aktienbanken im Jahre 1927 nur etwa 6 bH und im Jahre 1926 nur etwa 4 bH der insgesamt aufgewendeten Summen entfallen.

Was bis heute an Wohnungen hergestellt wurde, ist viel zu wenig im Vergleich zum Wachstum der Bevölkerung. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes betrug der Reinzugang an Wohnungen im Jahre 1926 rund 205 790 Stück. Für 1927 liegen die abschließenden Zahlen noch nicht vor. Es wurden 199 080 durch Neubauten und 21 445 durch Umbauten erstellt. 14 736 Wohnungen gehen von der Gesamtzahl der Wohnungen als undraufbare Mietwohnungen ab. Zum Vergleich führen wir den Zugang an Wohnungen seit dem Jahre 1919 an Reinzugang an Wohnungen:

1919	56714	1923	118338
1920	109092	1924	106502
1921	134223	1925	178930
1922	146615	1926	205 798

Gegenüber den früheren Jahren wurden im Jahre 1926 erheblich mehr Wohnungen hergestellt. Trotzdem aber kann das Ergebnis nicht befriedigen. Bei diesem Tempo bleibt die Wohnungsnot noch viele Jahre eine Massenerscheinung, besonders der Großstädte. Hindernd steht dem Neubau die Preispolitik der Baustofffabrikanten im Wege. Sie sind es, die die Preise für die Baustoffe hochtreiben und so den Wohnungsbau hemmen.

Darf ein Betriebsratsobmann im Betriebe Flugblätter verbreiten?

Vor dem Arbeitsgericht in Rathenow wurde am 10. Juli nachfolgender Fall verhandelt. Anlässlich der Vertreterwahlen zum Betriebsrat des Deutschen Metallarbeiter-Vereins hatte der Betriebsratsvorsitzende eines ophlichen Betriebes während der Arbeitspausen Flugblätter der Opposition an die Mitglieder des Verbandes verteilt. Die Flugblätter enthielten insbesondere die Aufforderung, nur Vertreter der moslauer Richtung zu wählen.

Der Unternehmer gelangte in den Besitz eines Flugblattes. Er stellte in der Verteilung durch den Betriebsratsvorsitzenden einen groben Verstoß gegen § 66 Abs. 3 BGG. Er glaubte, gestützt auf § 124 a, einen wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung zu haben.

Der Betriebsratsvorsitzende, vertreten durch den Geschäftsführer des DAVV, erhob Klage beim Arbeitsgericht, um erstens festzustellen, daß das Arbeitsverhältnis noch zu Recht besteht und zweitens die Firma zur Zahlung von 49,50 \mathcal{M} zu verurteilen.

Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Firma. Dem Klageantrag wurde stattgegeben, das Urteil für rechtskräftig erklärt. In der Begründung durch den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts kam zum Ausdruck, daß die Verteilung des Flugblattes kein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Wohl aber sei in dem Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden zum mindesten ein grober Verstoß gegen das Betriebsratsgesetz zu erblicken. § 66 Abs. 3 besagt, daß der Betriebsrat die Aufgabe hat, den Betrieb vor Entschädigungen zu bewahren. Platon sagt in seinem Kommentar zum Betriebsratsgesetz Seite 249: Bewahrung bedeutet nicht eine absolute Sicherung vor Entschädigung, sondern nur die pflichtgemäße tatsächliche Bewahrung und die Erhaltung des Friedens im Betriebe.

Selbst die eidesstattliche Versicherung, die der Arbeitgeber dem Gericht vorlegt, wonach der Betriebsratsvorsitzende von ihm des oftens verdächtig worden sei, konnten das Gericht nicht davon überzeugen, daß die fristlose Entlassung gerechtfertigt sei. Die Gründe einer fristlosen Entlassung seien in den §§ 123 und 124 a der Gewerbeordnung verzeichnet. Beide Paragraphen scheiden jedoch in diesem Falle aus. Hat der Betriebsrat gegen seine Pflicht verstoßen, dann liegt dem Arbeitgeber das Recht zu, gemäß § 39 Abs. 2 die Kündigung zu beantragen.

Übertrifft der Unternehmer seinen aus der Auffassung heraus, daß der Betriebsrat überhaupt keine Flugblätter innerhalb des Betriebes verteilen darf. Diese Auffassung ist wenig Schwerehaftigkeit nachweisbar, die zum Beispiel bei der Auffassung der Mitglieder stehen, die Beschlüsse über Betriebsratsmitglieder enthalten, kann und muß der Betriebsrat der Belegschaft mitteilen.

Bemerkenswert ist noch, daß der rekursiv beantragte Betriebsratsvorsitzende den von ihm beantragten Geschäftsführer des DAVV um die Verteilung vor dem Arbeitsgericht antrat.

Das Gesetz über die Senkung der Einkommensteuer

Es ist im Reichsgesetzblatt bekannt gegeben. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes wollen wir den Inhalt desselben zusammenfassend wiedergeben.

Erweitert wird die nach den Vorschriften der §§ 70, 71 des Einkommensteuergesetzes zu erhebende Einkommensteuer (Einkommensteuer des Arbeitnehmers) um 25 bH, jedoch in den Fällen des § 70 Paragraph 2 um 3 \mathcal{M} monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, um 15 \mathcal{M} monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage und um 5 \mathcal{M} monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für zwei angefangene oder volle Arbeitstage. Die veranschlagte Einkommensteuer wird um 25 bH, höchstens jedoch um 3 \mathcal{M} jährlich ermäßigt, wenn das Einkommen den Betrag von 15 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. Diese Vorschriften gelten für

Gesundheitsschutz, Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie

Nach § 7 der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 hat der Reichsarbeitsminister das Recht, für diejenigen Arbeiter, die den Einwirkungen von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergl. bei der Ausführung ihrer Arbeitsleistungen besonders ausgesetzt sind, die achtstündige tägliche Arbeitszeit festzusetzen. Auch ist nach dieser Bestimmung Mehrarbeit nur zulässig, wenn „Gründe des Gemeinwohls“ eine solche Überarbeit erfordern.

In Nr. 26 der Gewerkschaftszeitung wird darauf hingewiesen, daß der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ein Gutachten dem Reichsarbeitsminister erstattet hat, um damit eine weitere Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten zu ermöglichen. Dieser Ausschuss hat auch der Reichsregierung empfohlen, die für eine Ausdehnung der Unfallversicherung in Betracht kommende Verordnung vom 12. Mai 1925 für Betriebe der Metallindustrie anzuwenden, wo „Erkrankungen an Staublungen (auch in Verbindung mit Tuberkulose) bei Schleifern, Polierern, Pfeifern, Gusspufern und Arbeitern am Sandstrahlgebläse“ zu verzeichnen sind. Dieser Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses ist mit 16 gegen 12 Stimmen gefaßt worden. Die Unternehmer haben dagegen gestimmt.

Ein Antrag des Arbeitsausschusses auf Anwendung dieser Verordnung bei Lungenerkrankungen durch Einatmung von Thomaschlackenmehl wurde abgelehnt. Trotzdem haben die Arbeitervertreter beabsichtigt, ihre Auffassung in einem Sondergutachten darzulegen. Dies ist nur zu begrüßen und wird, so muß erwartet werden, bei den maßgebenden Regierungsstellen Beachtung finden. Die ablehnende Haltung der Unternehmer zeigt, daß es ihnen gleichgültig ist, ob Arbeiterkrankheiten verhütet werden oder nicht. Die Versicherungen der Unternehmerpresse, daß man auf das Wohl der Arbeiter Bedacht sei und alle darauf hinausgehenden Bestrebungen unterstützen werde, haben wir schon immer als sehr zweifelhaft bezeichnet. Diese unsere Vermutung wird aufs neue bestätigt.

Ein weiteres Ergebnis der Bestrebungen nach Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung ist sehr beachtenswert. In Nummer 26 der Gewerkschaftszeitung wird berichtet, daß der sozialpolitische Ausschuss auch ein Gutachten über seine Untersuchung zwecks Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung in der metallverarbeitenden Industrie dem Reichsarbeitsminister unterbreitet hat. Der Vorstand des DAVV hat durch entsprechende Anträge den zuständigen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates schon früher auf die gesundheitsgefährlichen Arbeiten in Gießereien, Metallbearbeitungen und Schleifereien aufmerksam gemacht. Dieser Ausschuss hat sich in einer Reihe von Sitzungen eingehend damit beschäftigt. Anfang 1927 hat eine Kommission dieses Ausschusses in verschiedenen Orten Deutschlands derartige Metallbetriebe besichtigt. Hieran haben neben Fabrikanten und Betriebsräten auch Vertreter des DAVV als Sachverständige teilgenommen. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß sie in nachdrücklicher Weise den Mitgliedern dieser Kommission die Berechtigung unserer Bestrebungen begründet haben, damit in den Gießereien (einschließlich der Gusspufer), Schleifereien, Metallbearbeitungen usw. der achtstündige Tag baldigst eingeführt wird. Es haben lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der einzelnen Gruppen stattgefunden. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses beteiligten sich an der Erörterung anschießend durch Stellen von Fragen, deren Beantwortung durch unsere Vorstandsvertreter auf eine Begründung der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hinauslief.

Unsere Bemühungen haben einen, wenn auch noch ungenügenden, aber doch beachtenswerten Erfolg zu verzeichnen. Nach dem Gutachten des sozialpolitischen Ausschusses soll für einige Arbeitergruppen in der Metallindustrie der § 7 der Arbeitszeitverordnung künftig angewendet werden. Leider aber noch nicht für die Arbeiter in den Gießereien, Bergbauwerken und Zementwerken. Das ist nicht nur sehr bedauerlich, sondern auch unverständlich. Dagegen sollen die Arbeiter an der Gelbbrenne, „wenn das Selbst-

brennen nicht in einem abgeschlossenen Raum stattfindet“, dem § 7 der Verordnung unterstellt werden.

Auch hinsichtlich der Metallschleifer und Polierer spricht das Gutachten des genannten Ausschusses für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit aus. Ebenso für die Arbeiter an der Sandaufbereitung in Eisen-, Stahl- und Metallgießereien, „wenn sie den überwiegenden Teil ihrer Schicht mit dieser Arbeit befaßt sind.“ Dann auch die Kaufmänniker im Fuhrpark, „wenn der überwiegende Teil ihrer Schicht mit dem Transport und Verpacken flüssigen Eisens oder mit dem Ausstoßen der Formen“ darin in Betracht kommt. Auch die Schmelzer in Stahlgießereien, „kontinuierlichen und Tiegelöfen, in Metallgießereien an Tiegelöfen sowie die sonstigen Arbeiter der Metallgießereien“ werden ebenfalls dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt, „wenn sich die Arbeiter in Gusspuferbetrieben und am Sandstrahlgebläse sowie an Rotationsstrahlgebläse.“

Nun ist aber weiter beachtenswert, daß nach einer besonderen Bestimmung dieses Gutachtens sowohl bei Gießereien als Schleifereien „auf Antrag von den Gewerbeinspektionen Betriebe widerrechtlich ausgenommen werden können, wenn diese Betriebe so eingerichtet sind, daß eine Gefährdung der Arbeiter ausgeschlossen ist.“ Wenn dieser Bestimmung des Gutachtens vom Reichsarbeitsminister zugestimmt wird, dann ist bombastischer, daß eine große Zahl von Unternehmern diese „Ausnahme“ benutzen wird.

Die Gewerbeinspektionen können heute schon darauf rechnen, daß sie solche Anträge zahlreich erhalten werden.

Wenn man beachtet, daß in diesem Gutachten der Vorbehalt enthalten ist, daß „zwischen Erlaß und Inkrafttreten der Verordnung eine Frist von 6 Monaten zur Ermöglichung der Antragsstellung und Entscheidung liegen soll“, dann wäre es nicht notwendig gewesen, eine Ausnahmebestimmung wie die erwähnte besonders zu schaffen. Dadurch ist die Verbesserung bedeutend eingeschränkt. Eine solche Ausnahme überhaupt zustande gekommen ist, muß dauern werden. Sogar wird der Reichsarbeitsminister sich eingehend mit dieser Sache beschäftigen und der Ausnahmebestimmung nicht zustimmen. Es ist noch erwähnenswert, daß sich dieses Gutachten auch für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, die heißt für die Unterstellung unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung von 1923 für die Arbeiter ausspricht, „die mit der Herstellung von Schiffsketten befaßt sind“, begreifen für Arbeiter in Emaillewerken, und zwar für „die Brenner an den Brennöfen, die mit dem Auftragen der Masse beschäftigten Arbeiter, wenn die Arbeiter in angearbeiteten Arbeitsstücken (Lanks) beschäftigt werden.“

Somit die Akkumulatorenfabriken für diese Arbeitszeitverkürzung in Betracht kommen, ist nach dem Gutachten für „die Bleigießer und für die Arbeiter, welche die Füllmasse holen, fließen lassen und anstreichen, einschließlich der Löter“, die tägliche achtstündige Arbeitszeit erforderlich.

Damit haben wir im wesentlichen das Gutachten erläutert. Die Bemühungen der Arbeitervertreter dieses Ausschusses verdienen Anerkennung und Lob. Daß dieses Gutachten nicht so gefaßt wurde, wie es notwendig, nützlich und wünschenswert war, ist Schuld der Gegner der Arbeiter. Es bleibt nun abzuwarten, wie der Reichsarbeitsminister entscheidet. Sogar ist es von unserer Verbandsvertretung beantragten weiteren Verbesserungen, damit die in solchen gesundheitsgefährdeten Betrieben schaffenden Arbeiter einigermaßen zufrieden sein können.

Nach wie vor werden wir uns nicht abhalten lassen, neben dem Kampf für die kürzere Arbeitszeit alles zu versuchen, damit der achtstündige Tag endlich gesetzlich anerkannt wird. Allerdings müssen wir dabei unsere Kollegen sowohl in den Betrieben wie bei anderen Gelegenheiten unterstützen. Geschieht dies, dann werden auch unsere weiteren Bemühungen bald noch größere Erfolge aufzuweisen haben. Dito Sandt

den Arbeitslohn, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird, um bei Veranlagung erstmalig für Steuerabzugszwecke, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1928 eintreten, bei diesen jedoch mit der Maßgabe, daß die Einkommenssteuer um 18 bH, höchstens aber um 27 \mathcal{M} jährlich gemindert wird.

Ferner wird im § 70 folgende neue Vorschrift eingefügt: „Zur Berechnung der Steuer ist der Arbeitslohn bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für zwei angefangene oder volle Arbeitstage auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichsmarkbetrag nach unten abzurunden.“ Diese Vorschrift findet erstmalig auf dem Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.“

Sinkender Reallohn

Das Jahrbuch der münchener Gewerkschaftsbewegung, eine der besten Veröffentlichungen dieser Art, bringt auch für das Jahr 1927 eine genaue Berechnung der Reallohne der münchener Arbeiter. Die Grundlage der Berechnung bilden die Bruttowohneinkünfte bei normaler Arbeitszeit. Diese werden verglichen mit dem münchener Lebensindex. Danach haben sich folgende Veränderungen des Reallohns bei den zugrunde liegenden Berufsgruppen ergeben:

Vom Januar zum Dezember 1927:	Arbeiter	Hilfsarbeiter
1. Holzindustrie	- 22	- 6,7
2. Bauindustrie	- 24	+ 1,1
3. Metallindustrie	- 5,7	- 4,7
4. Textilindustrie	+ 0,9	+ 1,4
5. Chemische Industrie	- 0,2	- 2,4

Vom 1914 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1927:	Arbeiter	Hilfsarbeiter
1. Holzindustrie	- 43	- 8,1
2. Bauindustrie	- 6,7	- 5,1
3. Metallindustrie	- 36,3	- 4,5
4. Textilindustrie	- 17,6	- 2,8
5. Chemische Industrie	+ 6,0	+ 24,3

Vom Januar bis Dezember 1927 fand der Reallohn bei den Arbeitern um rund 2 bH, bei den ungelerneten Arbeitern um 24 bH. Der Reallohn der Vorkriegszeit haben bei den gelerneten Arbeitern nur die Bauarbeiter erreicht; dagegen stehen die Metallarbeiter und die Brauereiarbeiter noch weit dahinter zurück. Die ungelerneten Arbeiter sind dem Reallohn der Vorkriegszeit näher gekommen, die graphischen Hilfsarbeiter haben ihn überstiegen. Das liegt nicht zuletzt an der guten Organisation, über die die graphischen Hilfsarbeiter verfügen. Es ist anzunehmen, daß die Reallohnverhältnisse in anderen Städten ähnlich sind.

Die gekürzte Arbeitskraft

Das am meisten greifbare Zeichen dafür ist die Arbeitskraft. Geld und Waren lassen sich allen Teilen der Welt ausführen werden. Staaten, die untereinander durch Handelsverträge mit Rechtsgleichheit ihre Handelsverhältnisse geregelt haben, sind unabhängig von der Leistung von Waren. Der Kapitalismus kennt überhaupt keine Landesgrenzen. Durch die Handelsverträge ist auch meistens die Bestimmung getroffen, daß Gewerbetreibende ohne

Hindernisse Gewerbebetriebe im Ausland eröffnen können. Andererseits es bei Personen, die im Ausland in ein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis treten wollen. Hier türmen sich unendlich Schwierigkeiten auf. Alle Länder haben die Tore für einreisende Arbeitskräfte geschlossen. In Deutschland ist hierfür die Verordnung vom 10. September 1927 maßgebend. Will ein Arbeiter oder Angestellter im europäischen Ausland eine Stellung annehmen, so müssen in der Regel folgende Hindernisse überstiegen werden. Die Polizeibehörde des Auslandes muß einen Einreiseantrag genehmigen. Die Behörde, die die Überwachung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse des betreffenden Landes obliegt, muß die Genehmigung des Eintritts in das Arbeitsverhältnis erteilen. Dazu kommen noch Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung und weitere Hemmnisse. Die Arbeitskräfte sind also wenig frei im Verkehre von Land zu Land, sondern an die heimatische Scholle mehr oder weniger gebunden. Solange sich dies nicht ändert, muß man leider die Feststellung hinnehmen, daß die Arbeitskraft den schwierigen Verhältnissen gefesselt gegenüber steht.

Wiedert eine Preiserhöhung für Kohle

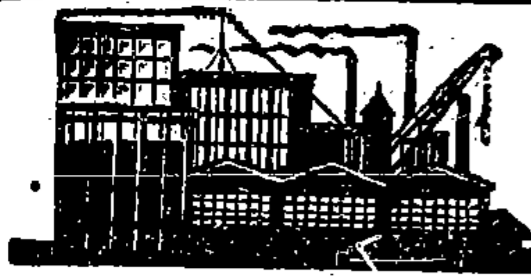
Die Kohlenwirtschaftsstellen haben kürzlich eine Erhöhung der Braunkohlenpreise beschlossen. Die Erhöhung beträgt ungefähr 1 \mathcal{M} je Tonne. Folgende Anträge der Braunkohlenindustrie wurden angenommen: 1. Für Hausbrandbriketts die Preise für beide Sparten für August auf 14 \mathcal{M} und für September auf 15 \mathcal{M} je Tonne zu erhöhen. 2. Für Industriebriketts die Preise für Mitteldeutschland auf 14 \mathcal{M} und für Ostpreußen auf 13 \mathcal{M} zu erhöhen. Der erste Antrag wurde mit Stimmenmehrheit, der zweite einstimmig vom großen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erhob gegen die Preiserhöhung für Hausbrandbriketts Einspruch. Über die Gründe der Erhöhung wurde die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet. Sie dürften auch schwachen Füßen stehen. Was nicht ausschließt, daß, wie für die Steinkohle, eine Preiserhöhung doch durchgeführt werden wird.

Lehrlingszuchterei

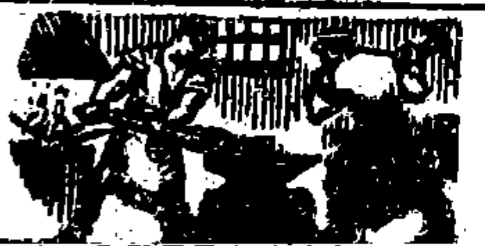
Es nähert sich der Zeitpunkt, wo die arbeitende Jugend ins Leben zu werden beginnt. Deshalb werden in den nächsten Jahren Lehrlinge genügend zur Verfügung stehen. Daß es aber noch heute Zucht- und Handwerksbetriebe gibt, die eine übermäßig große Zahl von Lehrlingen, namentlich im Verhältnis zu den Gesellen beschäftigen, ist allgemein bekannt. Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des DAVV, der eine hülfreiche Material über die wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse enthält, bringt unter der Überschrift „Lehrlingszuchterei in der Industrie“ Beispiele, wie manche Betriebe mit Lehrlingen überfüllt sind. Das beweisen folgende Zahlen:

50 erwachs. Beschäftigte	40 Lehrj.	28 erwachs. Beschäftigte	20 Lehrj.
10	11	32	47
36	56	37	36
140	68	35	38
6	20	215	140
204	63	16	16

Es handelt sich hier vornehmlich um Betriebe in der Metallindustrie. Daß es in anderen Industrie- und Gewerbebetrieben ähnlich liegt, dürfte nicht unbekannt sein. Es wird Zeit, daß hier Hilfe geschaffen wird.



Technik und Werkstatt



Atmosphärische Luft als Kohstoffquelle

Flüssige Luft als Sprengstoff

Der Luftstickstoff als Düngemittel - Sauerstoff in Industrie und Heilkunde

Von Christoph Carlowitz

Unbewußt heudet bereits der jüngste Säugling die atmosphärische Luft aus, indem er ihren Gehalt an Sauerstoff bei der Atmung zu einem höchst wichtigen Lebensvorgang heranzieht und mit dem ganzen Rüstzeug der Wissenschaft geht der erwachsene Mensch zu Werke, um der Atmosphäre darüber hinaus noch abzulisten, was ihr nur immer genommen werden kann. Mit Hilfe seiner Maschinen preßt er sie aus dem gasförmigen in den flüssigen Zustand, und er zwingt diese flüssige Luft zur Verrichtung von Sprengarbeiten in Steinbrüchen und Tunneln. Von den 600 000 Tonnen Stickstoff, die heute jährlich in Deutschland für Düngezwecke erzeugt werden, holt die IG-Farbenindustrie allein 440 000 Tonnen und die Kalstickstoffindustrie rund 90 000 Tonnen aus der Luft. Damit nicht genug, greift sich der Mensch auch nach den anderen Hauptbestandteilen der Atmosphäre, den Sauerstoff, um ihn zu mancherlei industriellen Zwecken einzuspannen. Ein Glück nur, daß Mutter Natur unseren Planeten mit einer unerlöschlichen Luftmenge umhüllt hat, sonst hätte jegliche Kreatur aus Mangel an Sauerstoff sehr bald auf dem letzten Boche. So aber braucht man keine Bedenken wegen einer künftigen Erschöpfung dieser großartigen Kohstoffquelle zu hegen, und man darf sich einer ungetrübten Freude über die mannigfaltigen technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Luftausbeute hingeben.

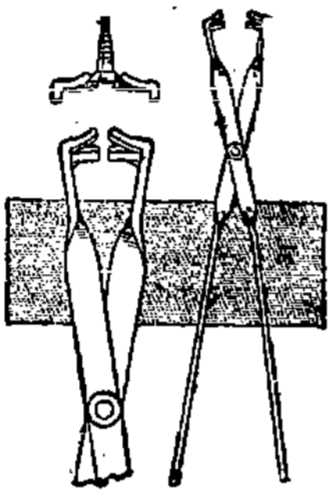
Das neue Sprengluftverfahren ermöglicht ein völlig gefahrloses Arbeiten bei Tunnel- und Straßenbauten, beim seitigen alten Mauerwerks usw., wo bisher gefährliche Sprengstoffe wie Dynamit, Schwarzpulver und anderes verwendet werden mußten. Die flüssige Luft wird erst am Orte ihrer Verwendung erzeugt. Dies geschieht durch eine Luftverflüssigungsanlage, worin die atmosphärische Luft stark abgekühlt und gleichzeitig stark verdichtet wird. In dieser Anlage bildet sich die flüssige Luft als eine blaue Flüssigkeit, die etwa 180 Grad Celsius Kälte aufweist. Diese Flüssigkeit wird sofort in Blechflaschen aufgefangen und zur Sprengstelle geschafft, wo die Sprengluftpatronen, die aus Kohlenstoffträgern bestehen, mit ihr getränkt werden. Ungetränkt ist die Kohlenstoffpatrone ebenso ungefährlich wie die flüssige Luft. Zur Entzündung gebracht werden die getränkten Sprengluftpatronen durch die übliche Zündschnur. Die Zündung muß allerdings innerhalb einer Viertelstunde erfolgen, da der Sauerstoff schnell verflüchtigt. Nach Verlauf einer halben Stunde ist der Sauerstoff sogar so völlig verflüchtigt, daß die Patrone bei Versagern ohne Gefahr entfernt werden kann. Neben dem Vorzug der völligen Ungefährlichkeit hat das Sprengluftverfahren noch den der größeren Billigkeit gegenüber den bisher gebräuchlichen Sprengverfahren und dürfte deshalb eine ständig steigende Anwendung finden.

Schon die alten Griechen und Römer hatten den hohen Wert der ausreichenden Düngung für alle Pflanzen erkannt, und sie verwendeten deshalb tierische Abfälle, Pflanzenasche und Kalk zur Fehung ihrer Ernterträge. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts konnte der große deutsche Chemiker Justus v. Liebig alle bis dahin über das Wachstum der Pflanzen angestellten Untersuchungen dahin zusammenfassen, daß es die wunderbare Fähigkeit der Pflanzen ist, aus leblosen stofflichen Verbindungen die Grundstoffe jedes lebenden Körpers (Eiweiß, Stärke, Zucker usw.) aufzubauen, die man gemeinhin als Wachstum der Pflanzen bezeichnet. Seit Liebig wissen wir, daß die Pflanzen aus der Kohlenäure der Luft und aus der Mineralsalzen des Bodens ihren Körper aufbauen. Da jedoch der Boden, soweit er von der Wurzel der Pflanzen erreichbar ist, durch die jährlichen Ernten allmählich immer ärmer an den Mineralsalzen wird, so müssen ihm die mangelnden Stoffe in Gestalt von Phosphorsäure, Kali, Kalk und Stickstoff immer wieder zugeführt werden. Einer der wichtigsten Stoffe für den Aufbau der Pflanzen ist der Stickstoff. In der atmosphärischen Luft nimmt der Stickstoff rund 78 Raumteile ein. Aus ihm bestehen also fast vier Fünftel der irdischen Luftfülle.

Als eine höchst seltsame Laune der Natur ist es deshalb zu betrachten, daß sie ihre pflanzlichen Geschöpfe nicht mit der Gabe ausstattete, diesen Luftstickstoff ohne weiteres der Atmosphäre zu entnehmen. Nur einigen ihrer Kinder, nämlich den Schmetterlingsblütler (Klee, Wicken, Erbsen, Binsen, Bohnen und so weiter), verlieh sie diese Fähigkeit. Mit Hilfe der an ihren Wurzeln hängenden lebenden Bakterien vermögen diese Pflanzen den Luftstickstoff unmittelbar zum Aufbau ihres Körpers heranzuziehen. Alle anderen Pflanzen müssen den Stickstoff aus dem Boden aufnehmen. Da der Stallmist nur etwa 9 bis 10 vH Stickstoff enthält, so verwendet man schon seit geraumer Zeit weisse Stickstoffdüngemittel in Gestalt von Chilisalpeter, Kalstickstoff und schwefelsaurem Ammoniak. Das letztere wird zu einem kleinen Teil bei der Vergasung von Kohle in Kokeren und Gasanstalten, zum größten Teil jedoch durch die Gewinnung des Luftstickstoffes nach Haber-Bosch gewonnen. Ein weiterer aus Luft gewonnener Stickstoff ist der nach dem Verfahren von Frank-Caro hergestellte Kalstickstoff. Bei dem Verfahren nach Haber-Bosch (IG-Farbenindustrie) wird aus Luft, Wasser und Kohle das sogenannte Wassergas erzeugt, das ein Gemisch von Stickstoff, Kohlenäure, Wasserstoff und Kohlenoxyd bildet. Aus diesem Gemisch lassen sich Kohlenäure und Kohlenoxyd einzeln derart abtrennen, daß die zur Ammoniakbildung erforderliche Mischung aus Stickstoff und Wasserstoff in unmittelbarer geeigneter Form verbleibt. Der Kalstickstoff nach dem Verfahren Frank-Caro wird derart gewonnen, daß der aus der Luft gewonnene Stickstoff mit feinem gepulvertem Karbid in Verbindung gebracht wird, wobei sich eine dunkelgraue Masse, der Kalstickstoff, bildet, die fein gepulvert und als hochwertiges Düngemittel verwendet wird.

Wird bei dem eingangs geschilderten Sprengluftverfahren die atmosphärische Luft in ihrer gewöhnlichen Zusammensetzung, jedoch in flüssigem Zustand verwendet, und macht sich die Industrie der Luftstickstoffdüngemittel den Hauptbestandteil

der Atmosphäre, den 78 Raumteile ausmachenden Stickstoff zunutze, so verwertet die Sauerstoffindustrie in erster Linie den bei der Verflüssigung und Trennung der Luft anfallenden Sauerstoff, während sie dem Stickstoff keine oder geringe Bedeutung beimißt. Da das Wasser aus Wasserstoff und Sauerstoff besteht und durch elektrischen Strom in seine Bestandteile zerlegt werden kann, so läßt sich der Sauerstoff auch aus Wasser gewinnen. Aus wirtschaftlichen Gründen wird jedoch der heute in der Industrie beim autogenen Schweißverfahren und in der Medizin verwendete Sauerstoff vorwiegend auf physikalischem Wege durch Zerlegung der Luft in Stickstoff und Sauerstoff nach dem Luftverflüssigungsverfahren gewonnen. Der reine Sauerstoff ist ein farb-, geruch- und geschmackloses Gas, das auf etwa 150 Atmosphären Druck verdichtet in Stahlflaschen zum Versand kommt. Beim Knallgasgebläse werden 2 Raumteile Wasserstoff und 1 Raumteil Sauerstoff im Moment der Verbrennung zusammengeleitet. Das Gemisch bildet das Knallgas, dessen Flamme alle Metalle und Kieselsäure zum Schmelzen bringt. Beim autogenen Schweißen und Schneiden verbrennt gelöstes Acetylen, das in Stahlflaschen zum Versand kommt, durch Zufuhr von Sauerstoff ebenfalls mit solcher Hitzeentwicklung, daß die Metalle an den Schneid- oder Schweißstellen auf Schmelztemperatur erwärmt werden. In der Heilkunde wird der Sauerstoff vor allem bei gestörter Atmung verwendet.



Haltejangen für Schrauben

Um Schrauben an schwer zugänglichen Stellen einzuschrauben, benützt man mit Vorteil die in der Abbildung gezeigten Haltejangen, die sich sehr leicht herstellen lassen. Die Backen dieser Jangen sind so eingerichtet, daß sie den Kopf der Schrauben festhalten. Sie müssen ferner so gebogen sein, daß man gleichzeitig mit dem Schraubenzieher arbeiten kann. Alle Einzelheiten der Konstruktion gehen aus der Abbildung deutlich hervor.

Elektrische Waschmaschinen

Von Georg Futh (Nachdruck verb.)

Es liegt nahe, die umständliche Arbeit des Wäschewaschens der Elektrizität zu übertragen, die hier gleichzeitig Wärme- und Kraftquelle sein kann. Umfangreiche Anlagen in großen Wäschereien, die ausschließlich mittels der Elektrizität betrieben und beheizt werden, haben gezeigt, daß auf diese Weise nennenswerte Vorteile zu erzielen sind. Aus dieser Tatsache geht nun nicht ohne weiteres hervor, daß man unbedingt von kleinen elektrischen Waschmaschinen im Haushalt ebenfalls nennenswerte Vorteile erwarten kann. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht ist dies recht zweifelhaft, zumal im Hinblick auf die geringen Wärmemengen und die verhältnismäßig hohen Anschaffungspreise meist erst nach Verlauf von vielen Jahren sich eine derartige Maschine bezahlt machen kann. Bei der Schaffung solcher Maschinen für den Haushalt mußte man also bestrebt sein, trotz zweckmäßiger, wirtschaftlich arbeitender Konstruktion den Preis recht niedrig zu halten. Wenn auch nicht alle der heute im Handel befindlichen elektrischen Maschinen diesen Voraussetzungen entsprechen, so kann man doch sagen, daß heute bereits sehr zahlreiche hochwertige Konstruktionen zur Verfügung stehen, von denen nachstehend einige geschildert werden sollen, die ein besonderes Interesse beanspruchen können.

Wohl eine der ältesten kleinen, für den Haushalt geeigneten elektrischen Waschmaschinen ist der „L e m o“ - W a s c h m a s c h i n e, eine regelrechte moderne Trommelwaschmaschine, wie sie in den Wäschereien benutzt wird, die aber naturgemäß bedeutend kleiner gehalten ist. Eine derartige Anlage besteht im wesentlichen aus dem Antriebmotor, der Waschmaschine und der Trockengentriuge, die auf eine gemeinsame Fundamentplatte montiert sind. Der Antrieb der Maschine wie der Zentriuge erfolgt über einen transmissionslosen, elastischen Gummibandantrieb, die Heizung meist mittels Elektrizität, doch kann auch Kohlen- und Gasheizung oder Dampf herangezogen werden. Die Maschine verrichtet alle Arbeiten, außer der des Einlegens und Herausnehmens der Wäsche, vollkommen selbsttätig. Sie leistet das Waschen, Spülen und Kühlen, während durch die Zentriuge die Arbeit des Auswringens ersetzt wird. Im Hinblick auf die hochwertigen Apparaturen und das vorzügliche Material ließ sich ein verhältnismäßig hoher Anschaffungspreis naturgemäß nicht vermeiden. Indessen lassen sich beim Betrieb der Anlage so erhebliche Ersparnisse erzielen, daß sich die Maschine in einem Haushalt von sechs Personen in drei bis vier Jahren bezahlt macht. Diese großen Ersparnisse ergeben sich daraus, daß in etwa einer Stunde die dem wöchentlichen Verbrauch einer sechs-köpfigen Familie entsprechende Wäschemenge gereinigt wird, wobei nicht mehr Strom erforderlich wird als für ein elektrisches Bügeleisen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Wäsche überflüssig ist und daß die Wäsche schonender behandelt wird, also eine längere Lebensdauer besitzt als beim Waschen von Hand.

Eine Waschmaschine von großer Wirtschaftlichkeit ist der sogenannte W a s c h a u t o m a t, da zu seiner Arbeit der billige Nachtstrom herangezogen werden kann. Er besteht aus einem großen Behälter, der unter dem Boden mit elektrischen Heizkörpern versehen und mit einer guten Isolierschicht umgeben ist. Im Innern des Behälters befindet sich ein Sprudelleinfaß, durch welchen während des Waschprozesses langsam, aber unaufgeseht die immer wärmer werdende Seifenlauge heraufgespült wird, die in dauerndem Kreislauf durch die zu reinigende Wäsche fließt. Auf diesem Wege wird der Schmutz in jeder vollkommener Weise aus der Wäsche herausgeholt, ohne daß eine mechanische Bewegung stattfindet, woraus sich der Vorteil

weltgehendster Schonung der Wäsche ergibt. Die Arbeit in dieser Maschine geht völlig selbsttätig vonstatten; abends wird die Wäsche dem Automaten übergeben, dieser wird angestellt und während der Nachtstunden vollzieht sich der Waschprozeß ohne jede Wartung, so daß am Morgen die gereinigte Wäsche dem Behälter entnommen werden kann. Durch die Verwendung des billigen Nachtstroms, durch den geringen Stromverbrauch und durch die vorzügliche Wärmeisolation, die für vollkommene Wärmeeinsparung sorgt, ist eine überaus wirtschaftliche Arbeitsweise gewährleistet.

Zum Schluß sei noch die ganz neue, wegen ihrer Handlichkeit und guten Transportfähigkeit beachtenswerte kleine Waschmaschine „Scando“ erwähnt, die im wesentlichen aus einem dreifüßigen Gestell, einem Elektromotor und einer völlig kugelförmigen kupfernen Waschtrommel besteht. Diese ist drehbar in dem Fußgestell angeordnet und trägt an der einen Seite eine Riemenscheibe, über die sie mittels Riemen mit dem unter ihr liegenden Motor verbunden ist. Die Arbeit des Scando-Wäschers besteht lediglich darin, daß er die ihm übergebene Wäsche mit der zugefügten Seifenlösung durch sein Rotieren dauernd wäscht, wodurch stets von neuem Lösendes und aufnahmefähiges Seifenwasser mit der Wäsche in innigste Verbindung kommt. Obwohl dieser Vorgang sehr einfach ist, so ist doch die Wirkung sehr zufriedenstellend. Denn bereits nach 15 Minuten kann man die Wäsche sauber der Trommel entnehmen. Der besondere Vorzug dieser Maschine besteht in ihrer Beweglichkeit und Handlichkeit, da ihr Gewicht gering und ihr Fußgestell mit Rollen versehen ist.

Kugellager bei der Eisenbahn

(Nachdruck verb.)

Der Erzfeind des Eisenbahners ist die Reibung. Sie hemmt die Geschwindigkeit, verschwendet Arbeitskraft und verursacht große Kosten durch starke Beanspruchung und Abnutzung des Materials. Amerikanische Eisenbahnen stellen daher in neuerer Zeit Versuche mit Kugellagern an. Die Ergebnisse eines solchen Versuches über eine Fahrstrecke von 600 000 englische Meilen wurden kürzlich von der Chicago-, Milwaukee- und St. Paul-Bahn bekanntgegeben.

Der Versuch gab Gelegenheit zu vielen wichtigen technischen Beobachtungen. Das bedeutendste Ergebnis lag in der verminderten Kraftmenge, die einen mit Rollenlagern ausgerüsteten Zug in Bewegung setzte. Diese Entdeckung war von großer Bedeutung, denn eine der Ursachen für hohe Betriebskosten liegt in der Anstrengung der Lokomotive beim Anziehen. Mit der Zug erst einmal in Bewegung, so wirkt seine Flugkraft als Zugkraft.

Während bei einem stählernen Schlafwagen mit den alten Reibungslagern dieser Widerstand bis zu 650 Pfund je Tonne betrug, ging er bei einem gleichen Wagen mit Rollenlagern auf 750 Pfund je Tonne herunter. Das Verhältnis war also ungefähr 7 zu 1. Die notwendige Zugkraft für einen Personenzug mit Rollenlagern betrug 500 Pfund, bei 8600 Pfund für einen gewöhnlichen Wagen und 400 Pfund für einen Schlafwagen mit Reibungslagern. Weitere Versuche ergaben, daß eine Standard Pacific-Personenzuglokomotive einen Zug von 21 Wagen mit Rollenlagern ebenso leicht bewältigen konnte wie einen Zug von nur zwölf Wagen mit dem alten Reibungslager. Es stellte sich heraus, daß bei Rollenlagern ein rundweises Anziehen so gut wie unmöglich war.

Höherer Massentransport erfordert mehr und schnelleren Güter, ohne höhere Kosten. Bisher bot sich den Bahnen nur ein Ausweg in der Erhöhung der Geschwindigkeit. Güterzüge dominiert heute mit einer Geschwindigkeit vorüber, die die früheren „Blitzzüge“ weit übertrifft. Die Grenze ist jedoch heute so ziemlich erreicht, und zwar ist es das Gewicht der Lokomotive, das eine weitere Erhöhung nicht mehr zuläßt.

Aus diesen Gründen tragen sich Fachleute bereits seit abweisigen Jahren mit dem Gedanken, die Betriebskosten mit Hilfe von Rollenlagern zu vermindern. Die Chicago-, Milwaukee- und St. Paul-Bahn ging nun mit praktischen Versuchen voran. G. H. E. S. e, Newfort.

Kohlzucker

Man unterscheidet je nach der Herkunft den Rübenzucker, den Rohrzucker, den Trauben- und den Milchzucker, und nun kommt auch noch der Holz Zucker hinzu. Wie aus Vorträgen hervorgeht, die kürzlich auf der Chemikertagung gehalten wurden, ist es gelungen, aus Zellstoff, der den größten Teil des Holzes ausmacht, Zucker zu gewinnen, und zwar ist die Wirtschaftlichkeit derart, daß ein großer Konzern die Ausbeutung des Verfahrens übernehmen will. Der Zellstoff oder die Zellulose setzt zwar dieselbe prozentuale Zusammensetzung wie die Stärke, besitzt aber wesentlich andere Eigenschaften; so ist die Stärke ein für die Ernährung wichtiger Stoff, aus dem sich durch Erhitzen mit verdünnter Schwefelsäure leicht Traubenzucker gewinnen läßt, während Zellstoff unverdaulich ist. Willkürlicher konnte nun zeigen, daß dieser Zellstoff durch Behandeln mit hochkonzentrierter Salzsäure in Zucker übergeführt wird; es ist nicht einmal eine Erhitzen notwendig, und die aufgewendete Säure läßt sich immer wieder zurückgewinnen. Man beschäftigt sich zunächst, Holzabfälle auf diese Weise zu verwerten und den erzeugten Holz Zucker als Viehfutter zu verwenden, denn Zucker ist nicht nur ein Genussmittel, sondern hat auch hohen Nährwert. Fütterungsversuche, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, sollen sehr günstig ausgefallen sein; derartige ernährungsphysiologische Versuche an Tieren sind unbedingt notwendig; denn es kamen, insbesondere während des Krieges, wiederholt chemische Verfahren zur Anwendung, um Holz oder Stroh aufzuklehen und Tierfutter daraus zu machen; allein nach längerer Zeit stellte sich bei den so gefütterten Tieren die Mäule ein. Man braucht dies beim Holz Zucker, der ja in chemischer Beziehung nichts anderes als Traubenzucker sein wird, nicht zu befürchten, und es scheint, als würde der Zellstoff, der ja bereits in großem Maße als Rohstoff für die Kunstfaserherstellung dient, wieder zum Ausgangspunkt einer neuen großen Industrie werden.

24 Millionen Kilogramm Stahlblech für ein Schiff

Belche ungeheuren Materialmengen für den Bau der Schnell-dampfer „Dreman“ und „Europa“ des Norddeutschen Lloyd in Bremen zur Verwendung kommen, geht aus der Tatsache hervor, daß für jedes der beiden Schiffe allein an Stahlblechen 24 Millionen 24 000 000 Kilogramm benötigt wurden. Um dem Besizer einen Begriff von dem Umfang nur dieser Menge zu vermitteln, sei darauf hingewiesen, daß ein normaler Eisenbahnwagen ein Ladungsvermögen von 15 Tonnen = 15 000 Kilogramm besitzt. Es würde also zum Transport der oben angegebenen Stahlmenge 1600 Eisenbahnwaggons erforderlich sein. Da jeder dieser Waggons eine durchschnittliche Länge von 6,7 Meter hat, würde die Länge der aneinander gekuppelten und mit den Stahlblechen und Profilen beladenen Waggons mindestens 10,72 Kilometer betragen. Da es sich bei diesen Zahlen nur um die Materialmenge für ein Schiff handelt, müssen sie verdoppelt werden, wenn man die Stahlblechmengen beider Schiffe erfassen will, die im August vom Stapel laufen und im Frühjahr 1929 auf der Linie Bremen-Newfort in Dienst gestellt werden.



Familie und Heim



Der Gesprächsstoff

Die Unterhaltung in Gesellschaft ist ein recht wichtiges Ding. Man kann dabei sehr fein sein, gegenüber lernen, sich selbst an anderer messen und schließlich auch noch etwas dabei lernen: wie man machen soll — und wie man nicht machen soll.

Es ist wirklich gar nicht so einfach, sich gut zu unterhalten. Es wird ja immer darauf ankommen, welche Ansprüche der einzelne an ein gutes Gespräch stellt. Es gibt Leute, die sich für einen Großen Witzbestanden und Schnurrenbändchen kaufen, um Gesprächsstoff zu haben. Das ist der billige Weg. Ich kenne auch eine ganze Reihe von Menschen, die sich des bekannten Konversationslexikons bedienen, um daraus ihre „Weisheit“ für einen Gesellschaftsabend zu schöpfen. Diese Menschen, die natürlich zu den „Gebildeten“ gehören, haben das Wörterbuch ganz wörtlich genommen: Zur Konversation, das heißt Unterhaltung. Die einzige Mühe, die sie sich dabei machen, ist ein geschicktes Lenken des Gesprächs auf das soeben Gelesene mit der Absicht, großes Wissen vorzutäuschen. Wenn man solchen „Gesellschaftsgesprächen“ einmal zuhören möchte! Von geschichtlichen Tatsachen werden unbedenklich Nebenächlichkeiten hervorgeholt und aufgebauscht; von großen Männern und Frauen ganz persönliche Lebensabschnitte heranzuholen und in den Staub gezogen, belacht und bespöttelt, weil man sie nicht begreifen kann — und warum? Nur, um eben sich und die anderen zu unterhalten, das heißt um die Zeit totzuschlagen.

Ja, aber soll denn ein Gespräch, eine Unterhaltung immer eine so ernst zu nehmende Angelegenheit sein? Sollte die Unterhaltung nicht etwas Entspannendes sein, etwas Befreiendes? Soll man etwa alle Heiterkeit aus der Unterhaltung bannen? Soll man sich den Unterhaltungsstoff irgendwo vorschreiben lassen?

Wer irgend Gelegenheit dazu hat, der sollte doch einmal die Menschen daraufhin beobachten, wie sie sich zu unterhalten verhalten in der Familie, mit Freunden und in der größeren Gesellschaft, in der viele Fremde sind. Ich habe erlebt, daß Menschen, die in ihrer Familie in gutem Zusammenhange leben, denen die Familie etwas ist und die ihrer Familie etwas sein können, an der großen, bunten, lauten Gesellschaft keinen Gefallen finden. Sie bewegen sich darin mit größter Zurückhaltung, weil ihnen der oberflächliche Gesprächsstoff nichts bieten kann. Diese Menschen aber ziehen ganz unwillkürlich einen Kreis Gleichgesinnter um sich — wir haben ja so viele Beispiele, die uns überliefert wurden aus vergangenen Tagen. Aber das waren eben die bedeutenden Menschen; von unseren Kreislern sprach man nicht und schrieb man nicht. Wir glaubten ja unglücklicherweise auch viel zu lange selber nicht, daß wir uns „unterhalten“ könnten. Wir glauben vielmehr selbst an das ungehörigste Geschick, daß sich eine Unterhaltung im besten Sinne nur in einer bestimmten Oberflächlichkeit bewegen könnte oder auf einer bestimmten Höhe, die für uns unerreichbar war. Von all dem, was die unteren Massen anbelangt, war überhaupt kein einziges Wort „salonfähig“. Eine andere Not als die Dienstbotennot gab es nicht, und die Zeit ist auch noch nicht so lange her, da man in Gesellschaft nicht vom Säugling reden durfte. Wir haben es uns immer einreden lassen, daß wir uns nicht unterhalten könnten, denn der Gesprächsstoff, der für uns in Betracht kam, unsere sozialen Nöte und Mißstände war ihnen etwas Unbequemtes.

Sich unterhalten zu können, ist natürlich nicht Lebenszwang; aber es ist das Salz des Lebens, die Würze, die gleichzeitig Aufbaustoff ist.

Die erste Pflegestätte ist die Familie. Vater, Mutter und Kind sollten sich unterhalten können. Worüber? Nun eben über alles, was es im Hause und in der Umgebung, auf der Straße und in der Fabrik gibt. Es ist doch eher nicht alles für die Kinder? Nun, das müßte dann entweder nicht in Gegenwart der Kinder gesagt werden oder so, daß die Kinder nicht etwas Geheimnisvolles dahinter vermuten können. Zwanglos sollte sie sein, die Familienunterhaltung. Die Kinder müssen das Gefühl haben, daß sie sich mit ihren Eltern über alles unterhalten können. Künstlich war ich manches zu etwas „Unausgesprochenem“ geworden, und es wurde manchem Großen vieles leichter werden, vor allen Dingen das Reden, wenn er in seiner Familie hätte reden können, wie ihn der Schmalpel gewaschen war. Das Ziviel verbietet sich schon von selbst. Wir müssen denen Verständnis entgegenbringen, die sich nicht gewandt ausdrücken vermögen; sie haben ihr Gedächtnismaterial und ihre Sprachfähigkeit einfach nicht bekommen. Ihr Miß war immer ein sehr wohlwollend gerichtet und blieb an den drückenden Sorgen haften. Dabei wurden ihre Lippen ungelent. Unsere Jungen sollen sich ansprechen können, unsere Jungen müssen es besser haben!

Da sind wir nun wieder bei den unabwehrbaren Zusammenhangen: Wie ist ein solches Zwanglos-reden-touren möglich in einem engen Raum? Scheitern nicht die allerersten wichtigsten Dinge immer wieder an der Wohnungsfrage? Und die Wohnung, das Heim ist doch das unersättliche Gefühl der Frau! Wie aber nimmt sie diese Mißstände an, die sie doch unabwehrhaft sehen muß? Es bleibt ihr doch gar nichts anderes übrig, als Stellung dazu zu nehmen, unweidlich und unerbittlich!

Diese äußerliche Stellungnahme der Frau zu all den wirtschaftlichen Nöten konnte eine wichtige Vorbereitung für uns alle sein! Die betrieblige Schwachheit der Frau ist nichts weiter als eine irreguläre Sprachlosigkeit! Wir konnten mit unserer Redeweise ganz etwas anderes anfangen. Könnten wir da nicht mithelfen, daß sich noch mehr, gerade Frauen, zum Sozialismus bekennen möchten? Wir konnten uns da wirklich ein Beispiel an den bürgerlichen Frauen nehmen. Sie brauchen jede, aber auch jede Gelegenheit, um für sich und ihre Richtung Propaganda zu machen, beim Kaffeeklatsch und bei Ausflügen, selbst der harmlosest anscheinende Verein ist so angelegentlich. Freilich ist jedes Jahrwasser ein alles und oft befeuchtend. Unsere Bewegungsfreiheit ist noch jung und noch nicht so gewohnt. Unsere Sattelreifezeit müssen wir aber zeigen und zeigen sehen, noch viele andere zu uns herüberzuführen.

Das ist ein großes Übel nur uns, daß man vielfach nicht weiß, was wir Sozialisten eigentlich wollen. Unsere allgemeine menschliche Einstellung wird uns so ausgedrückt, als wollten wir

mit Gewalt alle Grenzsteine niederretzen. Unsere Gewissensfreiheit wird als Religionsfeindlichkeit gewertet. Unseren Bildungshunger hält man für Arbeitsföhen und den Schrei nach Freiheit vom Kapital hält man für blinde Teilungskout. So hat man im jenseitigen Lager billige Schlagworte erfunden und findet leider immer noch offene Ohren. Dabei pocht man denn an die empfindlichsten Stellen im Menschenherzen: Eitelkeit und Selbstgefälligkeit, Dünkel und „Ehr“gefühl, daß man sich doch aus dem oder dem Grunde nicht gut zu uns rechnen könne! Wenn man solchen Menschenkindern die Augen öffnen könnte und mit klarem freundlichem Wort eins nach dem andern beleuchten möchte. Denen könnten wir besonders helfen, die nicht Wort haben wollen, daß sie im Grunde genommen überhaupt zu uns gehören, weil sie ebenfalls Arbeiter sind, daß sie im Irrtum sind, wenn sie meinen, sie wären „etwas Besseres“, weil sie eine große Wohnung haben und der Mann etwa Beamter ist. Da ist es ganz gut, wenn wir Genossen anführen können, die bedeutende Wissenschaftler, Ärzte oder Lehrer sind.

Proletarische Mutter!

Im Dunkel bast du stets gestanden,
im tiefen Dunkel banger, schwerer Zeiten,
und deine Seele hat nach Licht verlangt.
Dir ist das Herz, das leiderfüllte,
in deiner eingefallnen Brust gestorben,
du wurdest hart und raub und müde
und hattest Blicke nur für eigne Not.
Dann aber kam ein neuer Morgen.
Du sahst die Sonne leuchtend auferstehn
und froh schlug dir das Herz in deiner Brust,
und Hoffnung küsste deine müde Seele.
Du sahst den roten Morgen glühn
und rote Fahnen über Völker wehen
und Millionen jubelnd Ketten sprengen. —
Da wurde deine Arbeit Freude.

Friedel Rupp

Wenn nun aber die Frau Nachbarin meint, daß die alten Zeiten doch besser gewesen wären? Ach, wenn man die alte Zeit noch einmal sehen könnte! Keiner würde glauben, daß die alte Zeit gut gewesen sein soll. Ja, aber, meint die Nachbarin, jetzt ist alles so unheimlich, so vaterlandslos, so international! Was gibt man da zur Antwort? Ja, ja sagen um des lieben Friedens willen? Eine andere gute Nachbarin wehrt, daß die Kinder die zehn Gebote in der Schule schon nicht mehr zu lernen brauchen und alles so „frei“ und „zügello“ und ohne „richtiges Lernen“ und ohne „Straffügen“ in der Schule wäre! Genossinnen, wie bringt man da ein gutes Gespräch zustande? Wie behält man am sichersten das Fest in der Hand und wie führt man ein gutes Gespräch ohne unnützes Geplänkel? Wie gewinne ich die Sicherheit, nur das zu sagen, was ich beantworten kann, ohne den anderen zu kränken, ohne ihm aber auch Zugeständnisse zu machen, die der eigenen Sache schaden? Nun, in erster Linie müssen wir über die wichtigsten Punkte unserer Weltanschauung genau Bescheid wissen, und wo wir sie nicht wörtlich aufzählen können, müssen wir sie dem Sinne nach vertreten. Was ich behaupte, wofür ich mich einsetze, wozu ich lebe, das muß ich auch verteidigen, erklären können. Am besten geschieht es auf freundschaftlichem Wege, trotzdem aber muß es klar angedeutet sein. Je weniger wir uns einstellen, um so leichter wird es uns und denen, die wir gerade um uns haben.

Unsere oft so gefährdete Junge kann ein recht brauchbares Werkzeug beim Bau des Weltfriedens sein, wenn wir sie auch richtig zu handhaben wissen.

Abendgold

„Ach hübscher Herr, möchtens mich net durchlassen!“
Rüde klang die klangende Frauenstimme. Der dicke Herr, der mit seinen Angehörigen den ganzen Bahnhofssteig versperrt, tritt krummend einen Schritt zurück und läßt die Botin des benachbarten Industrieortes an sich vorüber. Was muß sich das Weib auch jübeln aufleben? — wenn der Dicke wüßte, daß er in seiner besten Hälfte, ein Nordstachsel, ein Riesentoch, Laide, Lorenzschachtel und Quack — das ist ja ein wunderbares Verkehrsbehindernis!

„Ja, was muß sie sich so aufpassen, die Botin! Man kann doch auch mit weniger Mühe durchs Leben kommen, wenn man es nur versteht! Und wenn einem das Schicksal nicht gar so böse mißspielt, wie es ihr mißspielt hat. Wer ihr vor 10 Jahren gesagt hätte, daß sie einmal auf diese Weise ihr Brot verdienen müßte, dem hätte sie höchst schäbig ins Gesicht gelacht. Und jetzt ist sie froh um diesen wackeligen Erwerb, der ihr aus ihrer taubstummen Tochter wenigstens ein bequemes Auskommen liefert.“

„Gott sei Dank, die Bahnhofssteige ist noch nicht offen! Anstehend steht die abgeheute Frau den schweren Handkorb neben sich und hält den Rucksack an einem Faden. Ihr Miß sucht in dem bunten Kleiderkasten. „Er ist net da her“, murmelt sie, „hat sicher net bekommen!“ Einige Minuten verstreichen voll Spannung. Dann kommen die Reisenden hinaus auf den Bahnhofssteig. Mit einem Seufzer der Enttäuschung nimmt die Botin ihr Gepäck auf und wippt sich in das Gehänge. Eben hat sie die Sperre passiert, da zaubert ein halblantes und doch gut hörbares „Mutter!“ hellen Sonnenchein an ihre Füge. Wirklich, da kommt er! Mit einer Bahnsteigkarte besetzt, eilt er in lauten Schritten auf sie zu. „Graz dich Gott, Mutter! Hast hätte ich dich verpaßt, weil ich noch gar soviel Post zu erledigen hatte. Und ein solches Geschlepp hast wieder!“

Mit der größten Selbstverpflichtung nimmt er den Korb und die Lorenzschachtel. Den freien Arm aber legt er um das graue, ungeschickte Kopfschmückchen und drückt einen herzlichen Kuß auf Muttters Schippen. Es ist kein theatralisches Absinken, wie man es so oft auf Bahnhöfen sieht, sondern man fühlt es. Dieser Kuß ist für Mutter und Kind der Gipfelstein des Tages. Nur noch zwei Worte, Mutter, und ich kann mich an die Fritzele in unseiner Dorf begeben lassen. Denn sind wir alle drei herkommen und mein Gehalt reicht uns für uns alle. Wie ich mich freue, wenn du endlich dieses anstrengende Vorkeschäft erledigt hast!“

Viele erstaunte Blicke folgen dem gutgekleideten jungen Herrn, dessen ganze Persönlichkeit so gar nicht zu der einfachen, ja ärmlichen Frauengefalt zu passen scheint. Wer aber in die Augen der beiden schaut, der liest hier Mutterfreude und Mutterstolz und dort ein Sohnestliebe und ein klein wenig Spott dazu: „Ja, ja, gaffst mit nur alle an! Ich bins schon, der Effektenbühler von der Baye Handelsbank. Wüßt nicht, warum ich mich meines Mütterchen schämen sollte!“

Sorgfältig wird die Mutter samt ihren Baden im Zug verstaubt. Dann grüßt noch ein weißes Tuch, bis der letzte Wagen in der Dämmerung verschwindet.

Die Botin aber schließt für ein paar Minuten die Augen, um soviel Wärme und Glück strahlt aus den gefurchten Zügen, als spiegel sich Abendsonnengold darin.

Von der Arbeiterbildung

Wir als Arbeiter müssen die bürgerliche Bildung ablehnen, die sie die bestehende Gesellschaftsordnung als rechtmäßig anerkennt und ihrer Erhaltung dient, während wir doch als Einzelne eine Neuordnung der Gesellschaft erstreben. Recht treffend heißt es in der Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung, daß die bürgerliche Bildung von einer gewissen Oberschicht in Anspruch genommen wird. Sie ist aber auch deren Vorrecht, das sie mit allen Mitteln und Fähigkeiten verteidigt.

Die Arbeiterbildung unterscheidet sich von der Bildung der Bürgerkum. Was wir Arbeiterbildung nennen, ist weder das Fachwissen eines Professors noch der gesellschaftliche Schluß einer Salonlöwen. Unsere Bildung ist aufgebaut auf der Erkenntnis der Entwicklungsgehalte der Gesellschaft, deren Grundlage die Produktionsverhältnisse sind. Nach K. Marx ist die Geschichte eine Reihe von Klassenkämpfen, herbeigeführt durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Diese Zustände zu bekämpfen und zu beseitigen und an deren Stelle eine bessere Ordnung zu setzen, ist unser Ziel. Also ist die Arbeiterbildung klassenbedingt. Das Mittel hierzu ist der Klassenkampf. Dazu gehört in erster Linie, daß der Arbeiter sich seines gesellschaftlichen Seins, seiner Klassenlage bewußt ist.

Die Bildung des Arbeiters wendet sich aber nicht nur an den Verstand, sondern auch an den inneren Menschen; sie will den ganzen Menschen erfassen. Weiter muß sie dem Arbeiter die Möglichkeit geben, sich im Leben zurecht zu finden; sie muß ihm das Werkzeug geben zum Kampf seiner Klasse gegen die Ausbeuterklasse, um so seiner gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden.

Für die Beseitigung des Bildungsvorrechts stehen uns nur die Bildungsstätten zur Verfügung, die sich die Arbeiterklasse selbst geschaffen hat. Diese noch weiterhin auszubauen, ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse. Die Bildung muß auch in der Familie auf das Kind angewendet werden, denn schon an den Eltern liegt es, das Kind in sozialistischem Sinne zu erziehen, es zum Kämpfer wie zum solidarischen Menschen zu machen. Die Art und Weise, die Arbeiterbildung zu vermitteln, ist verschieden, weil man eine Erziehung ziehen muß zwischen Masse und Einzelperson, als auch zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Die Massenbildung wendet sich vorwiegend an das Gefühl, und zwar durch Feste, Feiern usw. Die Einzelbildung wendet sich in erster Linie an den Verstand, und zwar durch Kurse und Vorträge. Wenn in diesem Sinne in der Familie vom Kinde aufwärts gewirkt wird, kann ein Erfolg nicht ausbleiben.

Massenflucht aus den Großstädten

In der Zeit vom 1. bis 8. Juli sollen 600 000 Berliner den heißen Asphaltboden verlassen haben. Sie gingen in die Ferien. Nach allen Seiten des Vaterlandes, nach dem Auslande, überall hin, wo es sich erträglicher Leben läßt. In anderen Großstädten wird das gleiche zu beobachten gewesen sein. So kommt es, daß an den Brennpunkten des Reiseverkehrs eine beängstigende Fülle herrscht. Zweifellos wird heute mehr gereist als früher. Dies liegt nicht zuletzt daran, weil es vor allem den Festangestellten heute eher möglich ist, eine Ferienreise zu machen. Aber wenn auch schon viele Tausende in der Lage sind, eine Ferienreise machen zu können, so gibt es auf der anderen Seite Millionen, denen ein solches Glück nicht beschieden ist. Der Teil der Arbeiter und Angestellten, die mit ihrer Familie zu einer Ferienreise in der Lage sind, ist verschwindend gering. Das liegt einerseits daran, daß die Ferientage nur sechs Wochentage selten hinausgeht und somit eine Reise sich nicht lohnt. Das größte Hindernis bildet aber das Einkommen. Bei den verhältnismäßig geringen Verdiensten, die Arbeiter und Angestellte heute haben, sind Nebenausgaben, wie die einer Ferienreise unmöglich. Das was der Arbeiter am Lohnstage nach Hause bringt, reicht gerade zum Leben. Höchstens kann Sonntags ein kleiner Ausflug ins Freie unternommen werden. Darüber hinaus sind keine Geldmittel mehr zu Zwecken der Erholung verfügbar. Traurig aber wahr.

So sehr wir uns also freuen können, daß der Großstädter hinaus wandert in die Natur, daß er am Seegeflade und in dunklen Taunuswäldern Erholung suchen kann, so müssen wir dennoch bedenken, daß der übergroße Teil derjenigen, die arbeiten müssen, in den heißen Großstadtkorridoren in lichtarmen Wohnungen jahrelang, jahrelang zu leben gezwungen sind. Nichts wirkt aufreißender als die Tatsache, daß es einigen Zehntausenden möglich ist, in Buzschbüden wochenlang leben zu können, während der übergroße Teil der Menschheit die staubigen Werkstätten und Fabriken nie verlassen kann. Welche Spekulationsarbeit müssen die Gewerkschaften noch vollbringen, ehe dies einmal anders wird!

Der Jertum

Ein kleiner Jertum entstand, wie die Hamburger Nachrichten schreiben, auf einem Wüstensfest in einem mecklenburgischen Dorfe. Eine Fortbewohnerin hatte teilgenommen und sich über die Nachbarn im Festverkauf; daß es Kaffee und Kuchen gegeben habe, daß der Pastor einige Worte gesprochen und ein Rosenkranz gesprochen habe u. a. m. Zuletzt sagte sie: „Das Scheinste von der Zeit aber war, dat se toletzt einen Zeller mit Geld rümlangten, und da hew id mi of ne Markt von nah'm.“

Das Wunder. Heute nachmittag machten die Kleinen auf dem Spielplatz in der Schnellstraße große Augen. So etwas mer ihnen in ihrem zwei- bis fünfjährigen Erdenwallen noch nicht zu Gesicht gekommen. Es gab ein Gefrage ohne Pause und ohne Ende.

„Was hat denn der Mann, Mutter?“
„Gehau mal, Wammerl, wie lustig!“
„Fräulein, ist der Herr krank?“
„Elle, pass auf, jetzt fällt er!“
„Otto, mach er das mit Freiß!“
„Was es war, das Neue, Ungehehene?“
Ein Betrunkener.

Sertrant. „Gib mir, schnell meinen Instrumentkasten“, rief der Arzt seiner Frau zu, nachdem er den telefonischen Anruf gehört hat. Der Herr da jagt, daß er ohne mich sterben muß. — „Warte mal einen Augenblick“, erwidert seine Gattin und nimmt den Hörer ans Ohr. Dann sagt sie: „Bleib ruhig zu Hause, der Anruf ist für Elle.“

Volkspruch

Wir sind das Volk, sind Einigkeit und Licht und Geist zu aller Zeit; und wir sind Sieg und Werk und Tat und Lenzsturm über Ried und Saat — wir tragen die Freiheit im Herzen!

Wir sind das hohe Himmelsblau, wir sind die Frucht in Feld und Au und sagen Bruder zu der Zeit; wir sind geweiht! — Wir sind geweiht! Wir tragen die Liebe im Herzen!

Wir bauen fest auf unsre Tat und schreiten trohen Blicks zur Mahd, was morsch ist fällt! Was lebt schafft Licht! O Volk! O Bruderangesicht! Wir tragen das Leben im Herzen!

Wir sind das Volk und keine Not schafft unsern Freiheitswerken Tod; denn wir sind Sieg und künden Zeit; wir sind das Volk! — Wir sind geweiht! Wir tragen die Freiheit im Herzen!

Richard Jahm

Idealismus

Auf dem Weg zur Fabrik erhalte ich von irgendwo ein Flugblatt in die Hand gedrückt. Es ist betitelt: Arbeiter und Unternehmer. Und darin besucht ein von Unternehmenseite bezahlter Schreiberling Krampfhaft nachzuweisen, daß es für den Arbeiter am besten sei, sich nicht den „aufgebenden Gewerkschaften“ anzuschließen, sondern mit dem Unternehmer Hand in Hand zu arbeiten; oder aber — nun kommt der Pferdefuß — sich einem wirtschaftsfriedlichen Verband anzuschließen. Meine Kollegen, denen ich das Blatt zur Frühstückspause vorlas, hielten sich den Bauch vor Lachen, da sie bald herausbekamen, daß diesen Witz keiner geschrieben haben könne, der schon mal als Arbeiter tätig war. Besonders die hochtrabenden Worte hatten es ihnen angetan: Der Arbeiter muß wieder Idealismus, wieder Begeisterung und Liebe für sein Werk haben.

„So ein Blödsinn“, riefen sie wie aus einem Munde. Idealismus und Liebe. Welcher Hohn! Wenn man Afford hat. Das sollen sie uns erst mal vormachen. Jedes Arbeitsstück ist kalkuliert. Mit der Stoppuhr, versteht sich. So berechnet, daß oft auf das einzelne Arbeitsstück Bruchteile von Sekunden kommen. Bergig nicht, du Schmierfink von Unternehmers Gnaden: Sekunden! Und da soll man, um überhaupt auf den Stundenlohn zu kommen, noch an etwas denken, während der Kalkulator mit der Uhr hinter einem steht und nachprüft, ob er nicht noch etwas abzwacken könne. Und bei dieser Schinderei soll man noch Liebe zum Beruf, soll man Idealismus haben? Bitte, ihr Herren, gebt uns Zeit dazu. Wir sehen ja niemals den Arbeitsgang anderer, die für denselben Artikel mitwirken. Und wir sehen schwerlich das Endprodukt. Wir können nicht in andere Abteilungen der Fabrik, weil wir keine Zeit haben. Wenn man — es ist furchtbar zu sagen — mit Sekunden rechnen muß. Und dann: Überall hat ja der Unternehmer ein Plakat: Unbefugten ist der Zutritt bei sofortiger Entlassung verboten.

Sie suchen die Seele des Arbeiters. Liebes „Dint“, da hättest du früher beginnen sollen. Mit Sport- und Geselligkeitsvereinen, wie man es hier in einigen größeren Betrieben versucht? Den Affordarbeiter von 40 bis 50 Jahren (und höher) möchte ich sehen, der nach der Quälerei und Schinderei von 8 bis 9 Stunden noch turnen soll? Da sind wir Jüngeren schon müde zum Umfallen. Bleiben die Bierabende? Ein vorzügliches Mittel, um den Geist und die Denkfähigkeit einzukullern. Merkwürdig überhaupt, daß bei solchen Veranstaltungen die Ingenieure und Chefs immer Zeit haben, zuzugehen zu sein. Und wie freundlich sie da sein können. Überhaupt um unsere kulturellen Belange kümmern wir uns selbst. Und wir haben schon früher damit begonnen, lange vorher, ehe die Unternehmerschaft plötzlich erkannte, daß der Arbeiter auch eine Seele haben müsse. Dann reden sie von patriarchalischen Verhältnissen und anderen Unmöglichkeiten. Merkwürdig, in der Technik drängen sie nach vorwärts und bei uns nach rückwärts.

Nun hat aber in der Familie nicht nur der Vater das Wort, auch die übrigen Familienmitglieder haben Rechte. Wenn man schon diesen vielgerühmten Zustand einführen will, warum spart man uns nicht das Mitspracherecht? Warum wird das Betriebsratsgesetz in so pöbelhafter Weise von den Unternehmern und der ihnen willfährigen Presse angegriffen? Ist überhaupt die Vergangenheit für uns Arbeiter so begehrenswert? Wer die „Weber“ von Gerhard Hauptmann gesehen oder gelesen hat, wer weiß, daß es bei Beginn des Maschinenalters zu erbitterten Arbeitsauffständen kam, der wird wissen, daß auch damals für den Arbeiter nur der Kampf um bessere Lebensmöglichkeiten zweckdienlich war. Dann der Appell an die Liebe zum Beruf. Du lieber Himmel! Was haben wir denn für Berufe? Zum größten Teil sind wir Ungelernte. Und hat heute der Gelehrte überhaupt Aussicht, für immer seinen Beruf zu behalten zu können? Wie viele Fleischer, Bäcker usw. gibt es in den Fabriken, die niemals in die Lage kommen, sich selbständig zu machen! Die Zeit ihres Lebens Fabrikarbeiter bleiben müssen. Verlangt mal von solchen Leuten, sie sollen sich für einen Beruf, zu dem sie gezwungen wurden, begeistern. Wie viele Schlosser arbeiten in Gießereien, auf Baustellen, in Fabriken, für alle möglichen Dinge. Und der Arbeiter, der, sobald die Schule verlief, arbeiten mußte, der nicht lernen konnte, weil die Eltern nicht die Mittel dazu hatten. Der muß seine Berufsbegeisterung dann allerdings sehr häufig wechseln. Denn kaum ist er irgendwo, schon kommt eine Krise und er ist wieder auf dem Trockenen. Und dann nimmt er jede Arbeit, die ihm geboten wird. Sein „Berufsstolz“ macht dann ungeheure Sprünge. Alle Arbeiten der Metallindustrie, Hülsenflöser und Dreher, Bohrer, Fräser, Polierer und Schleifer, als Zusammensteller für kleinere Metallgegenstände (Fahrradlampen, Teile der Textilbranche u. dergl.), Maschinenformer und Gießereiarbeiter, dann vielleicht wieder mal als Hilfsarbeiter in einer Fabrik für Insektenspulver oder für Verbandswatte; dann vielleicht wieder auf dem Bau. Dann wieder Straßenkehrer oder Landarbeiter. Und so weiter bis ins

unendliche. Und für jeden „Beruf“ soll er sich rasend begeistern, obwohl er ihn vielleicht nur wenige Wochen ausübt. Ein bißchen viel verlangt. Wir, die Ungelernten, wissen, daß wir jede Arbeit ergreifen müssen, um leben zu können. Aber mit Pfaffen und abgedroschenen Redensarten möge man uns verschonen.

Arthur Jahr

Vom Untertan zum Staatsbürger

Am 11. August 1919 wurde die Reichsverfassung geschaffen. Ihre größte Bedeutung liegt in dem einleitenden Satz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Und nun vollzieht sich seit 10 Jahren im deutschen Volke eine Umwälzung, die noch nicht allen Erwachsenen voll zum Bewußtsein gekommen ist. Der heranwachsenden Jugend fehlen die Begriffe zum Vergleich, denn sie hat den vorherigen Zustand nicht selbst erlebt und empfunden.

Bis zur Revolution im Jahre 1918 waren alle Deutschen Untertanen, mit einer einzigen Ausnahme: dem Kaiser. In der Praxis waren aber nur die Arbeiter, die kleinen Bürger und die gewöhnlichen Soldaten Untertanen, während die Offiziere, die Äblichen, die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer als Bestandteile der Herrschergewalt des Kaisers galten und sich auch als solche fühlten. Und diese alle faßten auch ihre Herrschaftstätigkeit so auf, daß das gewöhnliche Volk, die wirklichen Untertanen, der gesamten Obrigkeit willig und gehorsam sein mußte und daß Aufsehung und Widerstand gegen diese Obrigkeit ein schwereres Vergehen sei als kriminelle Verbrechen. Die Untertanen wurden als Objekt betrachtet, das heißt: als willenlose Masse, die sich dem Willen der Obrigkeit zu fügen hatte, mochte sie auch mit dem Volke vornehmen, was immer sie für gut hielt. Die ganze Erziehung und Behandlung der Untertanen in der Schule, beim Militär und in den Betrieben war auf dieses Ziel gerichtet. Dieses Ziel, eine willenlose Untertanenmasse zu schaffen, schien auch bald erreicht zu sein, denn war es nicht 1914 eine unerhörte Leistung der Obrigkeit, durch ein Machtwort zehn Millionen Männer in den Krieg zu schicken, über Leben und Tod dieser Millionen zu gebieten und die Dagebengebliebenen für den Krieg tätig werden zu lassen? Aber wer sich durch den äußeren Schein täuschen läßt, der erlebt gerade dann eine Enttäuschung, wenn er sich seinem Ziele ganz nahe glaubt. Und so erging es auch den Männern der Obrigkeit, die die Untertanen nach ihrem äußeren Verhalten beurteilten.

Vor dem Kriege war es für die Behörden eine Selbstverständlichkeit, daß die Untertanen für sie da seien, nicht, wie es vernünftigerweise sein muß, daß die Behörden für das Volk, für die Allgemeinheit da sind. Die Unternehmern waren ebenso fest überzeugt, daß die Arbeiter für sie da seien. Das weibliche Geschlecht galt im Staatsleben als ganz minderwertig, es hatte nicht einmal das Wahlrecht.

Gab es also vor der Revolution von Gesetzes wegen und tatsächlich zweierlei Menschen, so ist das jetzt von Gesetzes wegen nicht mehr der Fall. Denn die Reichsverfassung, das oberste Gesetz der deutschen Republik, kennt nur gleichberechtigte Staatsbürger. Jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, hat die Möglichkeit, in die höchsten Staatsämter zu kommen, wenn er die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt oder erwirbt. Daß die tatsächlichen Verhältnisse noch nicht dem Wortlaut der Verfassung entsprechen, ist nicht die Schuld der Verfassung, sondern liegt an den Menschen. Es ist aber auch nicht verwunderlich, daß in zehn Jahren nicht ausgemerzt werden konnte, was dem deutschen Volke in Jahrhunderten unablässig eingetrichtert wurde. Der Geist der Untertanigkeit und Rechtlosigkeit, der Glaube an die Obrigkeit lag der Mehrzahl des Volkes und sitzt vielen heute noch so tief in Fleisch und Blut, daß jahre- und jahrzehntelange Erziehungsarbeit notwendig ist, um die einstmaligen Untertanen auch innerlich zu freien Staatsbürgern zu machen. Bei vielen Älteren freilich wird diese Erziehungsarbeit vergeblich bleiben. Auch das ist zu verstehen, denn was sie ein Menschenleben lang für richtig und natürlich hielten, können sie auf die alten Tage nicht oder nur unter allergrößter Selbstüberwindung für falsch und unnatürlich halten. Aber die Jugend formt sich ihre Weltanschauung erst und sie muß den Geist der neuen Zeit in sich aufnehmen. Das wäre eine Selbstverständlichkeit, wenn nicht alle die, die aus Überzeugung und aus persönlichem Interesse Anhänger des Obrigkeitsstaates sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, auch die Jugend mit Untertanengeist zu erfüllen. Es wird ihnen nicht gelingen, denn die Entwicklung der Menschheit geht vorwärts.

Staatsbürger sein heißt aber nicht nur, eine Obrigkeit ablehnen, sondern der Allgemeinheit gegenüber freiwillige Verpflichtungen übernehmen, heißt weiter, sich freiwillig den Gesetzen zu unterordnen, die zum Zweck des gedeihlichen Zusammenlebens aller Staatsbürger notwendig sind; die Güter, die der Allgemeinheit gehören, zu schützen und nicht Mißbrauch damit zu treiben. Ein Staatsbürger muß lebhaften Anteil an den Geschicken und an der Leitung und Verwaltung des Staates nehmen, er muß diesen Institutionen gegenüber kritisch, aber sachlich und verantwortungsbewußt eingestellt sein.

So muß ein Staatsbürger eine ganze Reihe Eigenschaften besitzen, während der Untertan mit einer Eigenschaft auskommt: mit dem Gehorsam. Dafür ist der Staatsbürger ein Mensch mit freiem Willen und Gemeinschaftsinstanz, der dem weiteren menschlichen Fortschritt nicht hindernd im Wege steht. Sklave, Verbeugener und Untertan, das sind die Entwicklungsstufen der Vergangenheit; Staatsbürger ist die der Gegenwart und nächsten Zukunft. Eine große geschichtliche Umwälzung geht vor sich. Und weil die Umwälzung des Menschen vom Untertan zum Staatsbürger ein großer Schritt auf dem Wege zur freien Menschheit ist, darum ist der Verfassungstag ein Festtag aller derer, die die Untertanenpflicht innerlich abgestreift haben.

G. Ansoerge

Das Fenster mit den Mattscheiben

Mein Arbeitsplatz, eine Stanzmaschine, ist genau vor einem großen Fenster. Die Räder drehen sich ständig im wirbelnden Laus. Sie haben das aus den Lagern tropfende Öl an die matten Scheiben geschleudert, so daß kaum ein Sonnenstrahl zu mir kommt. Es ist, als wäre die Maschine mit im Bunde der Fabrikleitung, die die Fenster matt streichen ließ, damit die Arbeiter nicht nach den Bergen hinaussehen können. Schweißarbeiten, Höchstleistung ist die Parole. Unbarmherzig treiben die Maschinen. Nicht einmal werden sie müde. Keinen Augenblick gönnen sie uns Ruhe. Anlaufhaltmal drehen sich die Räder und zwingen ein jedes in den Rhythmus ihres Arbeitstempos. Wer nicht mitkommt, wird ausgeschaltet, gleich einem alten Motor, den man nicht mehr brauchen kann.

Wenn ich mit den immer gleichen Bewegungen Blech um Blech hingleite, wird das Fenster auf einmal ganz blank. Kein Ölflut, keine Mattscheibe mehr. Ich sehe die Berge, den Wald und den Fluß. Gerade wie es am Sonntag war. Da sind wir hinausgejagten, eine Schar junger Menschen. Froh, weil wir wieder ein paar Stunden frei hatten. Haben gesungen, getanzt, in dem Fluß gebadet, getollt, gleich den jungen Füllen auf der Weide.

Dann sind wir hinausgefliegen auf den Berg, sie und ich. Unter lag die große Stadt. Die Schöte rauchten auch am Sonntag. Träge schlichen die Rauchwolken dahin, als können sie auf einen bösen Streich. Wir saßen stumm hinab. Worilos schauten wir uns in die Augen, drückten uns die Hände und gingen traurig hinunter, weil wir an Morgen, an die Arbeit in der Fabrik dachten. Weit, weit ziehen die Maschinen ihre Kreise. Rauben uns selbst die Stunden des Sonntags. Als uns aber dann im Wiejengrund der Fink ein Lied sang, wurden wir wieder froh und sanken selig ins weiche Gras.

„Träumen Sie nicht am hellen Tage! Ist Ihr Afford zu hoch? Ich werde Sie, falls ich Sie noch einmal so antreffe, in eine andere Abteilung versetzen.“ Diese Stimme, wie ich sie hörte. O du Meistermecht! Das Fenster hatte wieder matte Scheiben. Trümpfernd sang die Maschine.

Später wurde ich aber doch versetzt. Die Arbeit wird zu teuer, sie kann von einem Mädchen billiger gemacht werden. So hieß die —

Begründung. Das Mädchen kam. Sie hatte die Augen all der Mädchen, die in Fabriken an Maschinen arbeiten müssen. Augen, die aber, wenn das Signal am Feterabend erklingt, auf einmal leuchten können, als wären sie lebendiges Feuer, das in jeder jungen Menschenseele wieder zündet.

Die Maschine arbeitet weiter wie früher. Nicht besser, nicht schlechter als bei mir. Blechstreifen auf Blechstreifen verschlingt sie und speit saubere, gepreßte Büchsenbedel aus. Doch bald hörte ich einen fremden Klang im Singen der Räder. Etwas Heimtückisches, etwas Lauerndes war es, das jeden Augenblick aufspringen und zuspähen kann. Da wußte ich, das Mädchen sah durch die matten Scheiben heimtückisch lauerte die Maschine, wenn die Augen des Mädchens träumerisch glänzten.

Da, eines Tages ein gellender Schrei! Ein Schrei, der das Surren und Brummen der Transmissionsen, das Rattern und Knattern all der Räder überdrückte. Ein Schrei, der unsere Herzen und all die Räder stillstehen ließ. Einen Augenblick großes Schweigen. Dann ein wildes Kreischen. Frauen und Männer liefen dem Ausgang zu. Einige wurden ohnmächtig. Beherzte Männer trugen ein Mädchen in den Verbandsraum. Wo ihre Hand sonst war, gingen blutige Fegen. Die Augen, die sonst wie lebendiges Feuer brannten, waren matt, fast erloschen.

Meine Maschine hatte sich grausam gerächt. Das Mädchen wollte sich nicht in das Tempo der Maschine zwingen lassen. Des Menschen Sinn konnte nicht mit, weil ein Fenster, ein matt gestrichenes Fenster vor der Maschine war. Da auf einmal sprang der Stempel jauchzend herab. Schon lange hatte er auf die zu späte Handbewegung gelaunt. Vier Finger, fast noch lebendige Finger lagen auf dem Stanzwerkzeug. Weiße, zarte Mädchenfinger. Rote Perlen glänzten an der Maschine. Am Fenster vermischten sich die schmutzigen Ölflecken mit dem reinen, heiligen Menschenblut. Ein Sonnenstrahl hatte sich durch die matten Scheiben geschlichen und spiegelte sich in den roten Perlen, dem Siegesglanz der Maschine.

Von dem Tage an sehe ich wieder an meinem alten Arbeitsplatz. Die Maschine singt ihr altes Lied. Verschlingt Blechstreifen auf Blechstreifen und speit Büchsenbedel auf Büchsenbedel aus. Es ist, als sei nichts geschehen. Ich aber sehe keine Bilder vom Sonntag mehr. Matt sind die Fenster Scheiben, dazwischen schmutzige Ölflecke, aber rubinrot leuchten immer noch die Blutflecke. Zweimal ist das Fenster gepußt und frisch gestrichen worden. Aber mit leuchten immer wieder die Blutflecke. Sie loden mich, zwingen meine Augen zum Fenster.

Wenn es dann Abend wird und die Müdigkeit wie ein schwerer Akt auf uns allen lastet, nur die Maschinen unauffällig, unermüdet weiterarbeiten, beginnt der Kampf zwischen der Maschine und mir. Dann tanzen auf einmal lebendige oder tote, zarte Mädchenfinger und meine breiten, bearbeiteten Finger vor meinen müden Augen. Sind es ihre oder meine Finger? Ich weiß es nicht. Aber eines weiß ich heute schon. Auch ich werde einst der Maschine opfern müssen; denn heimtückisch lauert das Tier in der Maschine. Heinrich Franke

Natur und Arbeit

Wenn wir an stürmischen Tagen durch Straßen gehen, die mit Bäumen bepflanzt sind, dann sehen wir, wie die Bäume sich neigen, wie die Kronen sich biegen, hinauf und hinab, hin und her, ununterbrochen. Und dann gehen wir achtlos weiter.

Das war einst anders, als der Mensch noch so ganz mit Natur verbunden war. Da war die Natur der Schauplatz seines Lebens. Da war die Natur ihm Lebens- und Schaffensgebiet, und darum zeigte sich ihm die Natur auch in ganz anderer Weise als uns. Es galt, sie zu nutzen, sie einzufügen in die Befriedigung seiner Bedürfnisse.

So kam der Mensch denn beim Anblick solcher sich neigenden Zweige auf den Gedanken, diese Fähigkeit des Biegens der Zweige zu verwenden für seine Lebenszwecke. Und er bog selber den Zweig und befestigte ihn behutsam an einer Schlinge, und dann schlug der Zweig beim Verühren durch ein Tier hoch und das Tier war gefangen.

Die Kulturentwicklung der Arbeit hat uns von solch primitiver Befriedigung der Bedürfnisse entfernt. Sie schaffte den besondern Arbeitsplatz. Sie schaffte aber auch die besonderen Stätten des Wohnens, fernab der Natur und selbst die Sonne und das befeuchtende Grün werden so vielen vorenthalten.

Durch diese soziale Entfremdung der Natur werden wir einseitige Menschen ohne den lebendigen, ewig schöpferischen Dorn, der da draußen weht. Wir verkümmern in dem letzten Quell unferes Seins, denn der ist groß und umfassend und der läßt Arbeit nicht ungekürzt nur Arbeit, nur Erwerb, nur Existenz sein. Wir müssen die Zeit und die Mittel haben, auch Kind von Mutter Natur zu bleiben oder wir erstarren, ohne das große kulturelle Schöpferische Eins-Erleben mit allem Lebendigen, in Zivilisation.

Beruf und Sportausübung

Die Frage, in welchem Maße für den Sportler die Art des Berufs bei der Wahl der Sportart ausschlaggebend ist, ist leider noch nicht in größerem Umfang statistisch geklärt worden. Inmehrin haben Untersuchungen des Sportarztes Dr. E. Schwara ergeben, daß sich die Sporttreibenden in vielen Fällen — vielleicht ohne die nötige Überlegung — die Sportart auswählen, die in irgend einer nahen Beziehung zu ihrer Berufsarbeit steht. Besonders ist das der Fall bei den Schwermathleten. Die Vertreter der Schwermathleten sind meistens Schwermathleten wie Schmiede, Schlosser, Holzjäger usw. Diese Tatsache ist zwar erklärlich, aber durchaus nicht begründbar. Steht doch fest, daß die durch den Beruf — in diesem Falle die Schwermathleten — besonders ausgebildeten Körperteile durch die dem Beruf angepaßte Sportart übermäßig und auf Kosten der anderen Körperteile gestärkt werden. Dadurch wird aber eine der Grundforderungen des Arbeitersports, die Berufsschäden und -mängel auszugleichen, verfehlt. Ein Holzjäger braucht nun gemäß nicht gleich die leichteste Sportart zu wählen und etwa nur rhythmische Gymnastik treiben; aber es ist doch eine weniger derbäuerlichen Berufsarbeit ähnelnde Sportart als in diesem Falle gerade die Schwermathletik zu empfehlen.

Die weiße Birne oder 40 Grad im Schatten

Die Berliner nennen ein Hirn, dem der Bestand verloren ging, eine „weiße Birne“. Der Hitlerjünger Hans Steiger scheint sich damit ja wohl zu fühlen. Er ließ ihren Saft sogar durch die Feder aus Papier laufen und reichte zu Ehren seines Meisters ein gelbes „Hirner-Bier“ zusammen. Geht es nicht mehr mit dem Antijemitismus, muß eben die deutsche Sprache hitlerisch modernisiert werden und dann kommen solche Verse heraus: „Steigt oder fällt er? Wächst er wieder? Grüßen ihn wieder? Wärmer? Kälter?“ (Oha, wir glauben, es ist schon zu warm geworden!) „Hand vor die Ohren, Bild nur im Graje... Spur verloren — Schaf ohne Nase!“ (Schaf ohne Nase fressen sogar bedrucktes Papier mit Reimen! Wieviel es gibt, ermittelt man, wenn man den Absatz dieser „Hirner-Bier“ zusammenstellt.) Auch die Bibel muß herhalten: „Unter täglich Brot gib uns heute“... So nutzt kein Weidrauch, hilft kein Beten, verzeiht ihr denen, die amten und schalten und hier die Herrgottsgebe verwalteten, zeitweilig in den Reich zu treten!“ „Und der Gegenpol wird nicht vergessen: „Liebe deine Feinde!“ Du liebst den Feind noch lange nicht, wenn deine Schafgebild ihn lockt, zu jüdenigen. Du machst ihn bloß verstockt. Drum hau ihn eine ins Gesicht und dann erst bete für ihn, mein Christ: „Vater unser, der du bist...“ Bravo, Hans Steiger, es ist ehrenvoll für deine Partei, daß du den Hauptinhalt ihrer Tätigkeit verifizierst. Denn sonst, wie du dachtest: „Einst geht, schenkt du den Papstischen Glaubens, auch deine weiße Birne futsch!“ Es scheint nicht mehr weit bis dahin, denn: „Mein armer Kopf ist mir verrückt. So ist nicht mal mir dies geglied!“ So ehrlich sind die Hitlerdichter! ...



Verbandsleben



Sitzung des Bundesausschusses des ADGB

Der Bundesausschuss des ADGB begann in der 14. Sitzung am 30. Juli seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschliessung über die Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschliessung wurde nach einer Erläuterung ihres Zweckes durch den Vorsitzenden Leipart einstimmig angenommen. Sie lautet:

Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des RMV vom 12. Mai 1926 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nach eingehender Vernehmung von Gutachten 10 weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Bännbetrieben, Erkrankungen durch Brechluftwerkzeuge und Staublungenkrankheiten in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomaschlackenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.

Der Bundesausschuss des ADGB erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1926 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesausschuss die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Die Sitzung war vornehmlich einberufen worden, um die dem Gewerkschaftslongreß vorzuliegenden Entschliessungen und Anträge zu beraten. Insbesondere waren, führte Leipart, die Erörterungen hierüber einleitend, aus, Vorarbeiten nötig zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erfassung der Wege und Möglichkeiten zu ihrer Durchführung. Da die Vermittlung der Wirtschaftsdemokratie der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein werde, müsse diese Frage auch vom Ausschuss vorab behandelt werden. Genosse Raphaeli von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik habe es übernommen, über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes der Kongressagende zu berichten.

Nachdem auf dem breslauer Gewerkschaftslongreß zum ersten Male das Problem der Wirtschaftsdemokratie angesprochen worden war, führte Raphaeli aus, ist die Ansprache darüber nicht verjümt. Aber es zeigte sich bald, daß von dem breslauer Gewerkschaftslongreß zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, noch in weitem Umfange fehle. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Kongreß in Hamburg weiterzuarbeiten an der Klärung der Auffassungen über dieses Gebiet. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinschaftsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der der Versuch gemacht wird, sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Ideenwelt der Arbeiterklasse darzulegen, als auch vor allen Dingen die praktischen Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft darzustellen, die man auf Grund der Entwicklung des Kapitalismus und auf Grund der Einwirkung der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaftstruktur erkennen kann. Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften für sie weder einen Verzicht auf das sozialistische Ziel, noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchdringung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse, in der Einschränkung der Allensherrschaft der Unternehmer durch die Verjüngung über die Produktionsmittel, der überall der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt und schließlich in der Tendenz zur Schöpfung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialberührung ihren Ausdruck findet. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung überall dort voranzutreiben, wo wir die Ansätze zur Demokratisierung, die Ansätze zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. So entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, daß wir versuchen, den Weg zum Sozialismus im einzelnen klar zu erkennen, als einen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft.

In der Ansprache wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Frage der Wirtschaftsdemokratie einen ersten Schritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben. Nach der Behandlung des Entschliessungsantrags wurde genehmigt, im einzelnen werden Änderungen des Wortlautes vorge schlagen. Es sei besonders notwendig, herauszuarbeiten, daß die gesamte Leistung der Gewerkschaften auf allen Einzelgebieten ihres Wirkungsbereiches Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe und weiterhin hervorzuheben. Daß die Herausarbeitung dieses Gesichtspunktes durch die geleistete Vorbereitung gelungen sei, sei vor allem zu begrüssen.

Zur Beratung kam sodann die Entschliessung zur Frage der Vereinfachung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschliessung. Die Selbstverwaltung bezieht sich nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsversicherung wird dagegen eine weitgehende Beteiligung der Arbeiter an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Vorschlagsentwurfen muß berücksichtigt werden. Auch unsere Forderungen zur Reform der Arbeitsämter müssen durch den Kongreß klar in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Regelung der Posten in den Selbstverwaltungsbereichen müsse das Ziel der Befähigung der Arbeitstätigen einerseits, andererseits die Förderung der Selbstverwaltungstätigkeiten zu betonen sein. — Auch dieser Entschliessungsantrag fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Bundesausschusses lag weiter vor der Behandlung für eine Entschliessung über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften. Otto Geiler, der Bildungssekretär des Bundes, berichtete hierzu, daß auf die Anstellung besonderer Forderungen für das Volkshochschulwesen und das Berufshochschulwesen nicht verzichtet werden könne. Die Gewerkschaftsbewegung müsse dem Volk und Berufshochschulen, sowie grundlegenden Bedeutung für die Arbeiterbildung einbringen, ein solches Institut einbringen. Die Forderungen zu diesen Zweigen des nationalen Schulwesens, die Fehler in anderen bezugnehmend, bilden den ersten Teil der Entschliessung, deren zweiter Teil sich auf das gewerkschaftliche Bildungswesen bezieht. Die Entschliessung wird ihre Ergänzung finden durch entsprechende Beiträge zu den Forderungsaufgaben der Gewerkschaften, denen der Bundesausschuss keine Zustimmung erteilt.

Ferner lagen dem Bundesausschuss Entwürfe zu Entschliessungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gezielten Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsauslastung sowie zum Jugendschutz enthalten. Die Entwürfe wurden vom Bundesausschuss im allgemeinen gebilligt, in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt.

Die Bundesschule des ADGB

Am 29. Juli ist in Bernau, einem kleinen Städtchen im Norden Berlins, der Grundstein zur Bundesschule des ADGB gelegt worden. Bernau glänzte im Flaggenputz. Zahlreich waren die Gewerkschaftskollegen nach Bernau gekommen. Neben einer großen Zahl Berliner Kollegen waren 33 Ortsausschüsse der Provinz Brandenburg, ferner solche der Grenzmark, aus Pommern und Abordnungen der Verbände vertreten. Ferner der Bundesausschuss, Vertreter der Behörden usw. Vor dem festlich geschmückten Rathaus begann die eigentliche Feier. Der berner Arbeitervereinsverein „Freiheit“ leitete diese Feier mit dem Gesang „Festglocke“ ein. Der Bürgermeister der Stadt Bernau, Dr. Gerde, gab in seiner Begrüßungsrede der Freude der Stadt Ausdruck, die Schule innerhalb ihrer Gemauertung erstehen zu sehen. Nach einer Begrüßung des Vorsitzenden des Ortsausschusses Bernau hielt der Bezirkssekretär, Kollege Vollmerhaus, eine kurze Ansprache, in der er auf das bedeutende Ereignis hinwies. Auf die Bedeutung der Jugendbewegung eingehend, übergab Redner der ersten gewerkschaftlichen Jugendgruppe des Bezirks, der Jugendgruppe Eudenberg, einen Wimpel.

Nach dieser Einleitung ging der zwei Kilometer lange Festzug nach dem Bauplatz. Hier spielte der Posanenchor der Staatsoper Berlin. Hierauf sang der Gesangsverein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer „Lippographia“. Der Sprech- und Bewegungschor der freien Gewerkschaftsjugend Berlin brachte daraufhin äußerst wirkungsvoll die „Gesänge am Werktag“ zu Gehör. Die Festansprache hielt der Bundesausschuss, Kollege Leipart. Er ging auf die Bedeutung der Bundesschule für die Gewerkschaftsbewegung ein. „Wissen ist Macht und Bildung macht frei.“ Diese Worte seien für die deutsche Arbeiterbewegung stets eine Richtschnur gewesen. Die neue Bildungsanstalt werde von der vorwärtstreibenden Kraft der Gewerkschaftsbewegung Zeugnis ablegen. Die Gewerkschaften sind nie einseitig in ihrer Zielsetzung gewesen. Neben ihrer ersten Aufgabe, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist die Gewerkschaftsbewegung stets ein Mittel gewesen, die Arbeiter im breitesten Maße an der Kultur teilnehmen zu lassen. Die neue Schule soll ein wichtiges gewerkschaftliches Kraftzentrum sein. Wie die Schule wurde und was die Voraussetzung zu ihrer Entstehung war, soll in der Urkunde niedergelegt werden, die in den Grundstein eingemauert wird. Sollte diese Urkunde einmal als Zeugniss kommen, dann möge sie künftigen Geschlechtern Kenntnis geben von dem, was die Gewerkschaften einmal darstellen und welche Ziele sie sich gestellt hatten. Kollege Leipart schloß mit einem Hoch auf die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Bildungssekretär des ADGB, Geiler, verlas daraufhin die Urkunde und überantwortete sie einer Metallhülle. Die Hülle wurde geöffnet und drei Maurergesellen begannen den Grundstein zu legen. Der Posanenchor begleitete diese Handlung mit dem „Ereignislied“ von Händel. Die drei Hammerschläge, die sodann der Bundesausschuss Kollege Leipart auf den Sockel machte, begleitete er mit den Worten: „Für den Fortschritt der deutschen Gewerkschaften, für den weiteren Aufstieg der deutschen Gewerkschaften, für das Wohl des deutschen Volkes! Der Bundrat Schlemminger, der berner Bürgermeister und der bauleitende Architekt, Hannes Meyer, begleiteten ihre Hammerschläge mit anerkennenden Worten für das kulturpolitische Wirken des ADGB. Mit einem gemeinsamen Gesang ging die sehr eindrucksvolle Feier zu Ende.

Von der nördlichsten Verbandsstelle der Erde

Die Verbandskollegen Jakob Ejer und Adolf Best von Nilsöden haben auf ihrer Reise Hammerfest, die nördlichste Stadt der Erde erreicht und dort eine Ortsgruppe unseres normannischen Bruderverbandes vorgenommen, wovon sie natürlich sehr erregt — und wir jetzt erregt — sind. In einem Schreiben vom 26. Juli berichten sie aus Hammerfest unter anderem folgendes:

In Nilsöden, Reijebars und Biberbrötchen erjubeln wir von den Schwereiten des Nordlandes, aber auch, daß nur Leute mit viel Geld dort oben einen Besuch machen könnten. Wir aber meinen, daß auch wir das fertig brächten. Es kam uns sehr zufließen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband Abkommen mit den nördlichen Ländern abgeschlossen hat und demzufolge wir Reiseunterstützung erhielten. Mit ein paar Mark machten wir uns auf den Weg über Danemark und Schweden nach Norwegen. Hier erjubeln wir, daß es für Ausländer keine Beschäftigungsmöglichkeit gibt, weil Norwegen selbst 40 h5 Erwerbslose hat. Der schöne Gedanke, hier einige Monate bleiben zu können, ist zu laufen und das Land richtig zu betrachten, war hiermit zerfallen. Doch auf jemand Hilfe vertrauend, jetzta wir unseren Weg fort. Kommen mannes jehen, was für einen Arbeiter wertvoll ist und nicht in Reijebars steht. Romanisch in den vielen Erzgruben, die wir besuchten, um die Eisenumwandlung unserer Ortsgruppe der Naturfreunde zu bereichern, lernten wir das Leben der norwegischen Gewerkschaften kennen. Wir fanden überall nach dem Vorgehen des deutschen Bruderverbandes gute Anstalten und Entgegenkommen.

Mittags kamen wir mit dem Dampfer in Hammerfest, der nördlichste Stadt der Erde an. Wohin man aber? Zum Verbandskaffee! Er ist ja der einzige, an den wir uns wenden können in diesem 3000 Einwohner zählenden Städtchen.

In dem Adressenverzeichnis des norwegischen Verbandes, das wir in Oslo erhielten, lesen wir: Formand Johansen, Sekretär: Ferdinand Jørgensen. Den letzteren fanden wir bald. Er ist in einer kleinen Werkstatt mit zwei Kollegen an Schiffsreparatur beschäftigt. Um 6 Uhr hatte er feterabend. Freundlich nahm er uns mit in sein Haus, wo wir zwei Tage bis zur Abfahrt des Schiffes, das nach hier die einzige Verbindungsmöglichkeit ist, bleiben konnten. Von Kollegen Jørgensen, der in den 30er Jahren lebt, erjubeln wir im Laufe der Unterhaltung über Berufs- und Gewerkschaftsverhältnisse, daß die Verbandsorganisation von Hammerfest aus 10 Mitgliedern besteht, die weiß in kleinen Reparaturwerkstätten tätig sind. Er hat einen Stundenlohn von 1,80 Kronen oder etwa 2 M. Die Lebensbedingungen sind hier härter. In unser Verbandsbuch machte er einen kleinen Stempel, der uns wohl noch lange an den Besuch der nördlichsten Verbandsstelle und an die freundliche Aufnahme erinnern wird. Morgen (am 27. Juli) geht unser Schiff nach Aften (100 Kilometer von hier). Von dort tippen wir durch Lappland und Schweden der Heimat zu, um uns dort wieder am Schranke zu melden.

Kollegen! Sagt stets besse, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene **Volkshochschule** **Volksfürsorge** **Gewerkschafts- und Berufshochschule** in Hamburg 5, überall eingeführt wird. **Wolff** kann bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Ausklast.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 12. Aug. ist der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. August 1928 fällig.

Stuttgart, Rätestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Drehern und Gleisern nach Graz (Anrthrer Maschinenfabrik A.-G.) D.; von Kleinern und Inskallateuren nach Hamburg-Altona; nach Holland St.

D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; h. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn das betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Hierobe a. S. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Herbert Schurig, Osterode a. S. gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Schweinfurt. 1. Geschäftsführer gesucht. Nur erste Kräfte mit 10-jähriger Mitgliedschaft wollen ihre handschriftliche Bewerbung mit kurzem Lebenslauf und Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 25. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Ortsverwaltung Schweinfurt, Sattlerstraße 11, einreichen. Gehalt nach den Beschlüssen des Verbandstages. Eintritt möglichst sofort.

Das Tarifvertragswesen Anfang 1927

Dieser Tage erschien als 43. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt eine Statistik über die Tarifverträge für das Jahr 1926. Nach dieser Erhebung bestanden am 1. Januar 1927 insgesamt 7490 Tarifverträge, die 807 300 Betriebe mit 10,97 Millionen beschäftigten Personen erfassten. Die Zahl der Verträge ist gegenüber Anfang 1926 um 48 zurückgegangen. Dagegen erfuhr die Zahl der erfassten Betriebe eine Steigerung von 788 755 auf 807 300. Bei den beschäftigten Personen war ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, der wohl durch die Rationalisierung erklärt werden kann. Von den erfassten Tarifverträgen wurden 82,4 h5 in freier Vereinbarung, 14 h5 auf Grund eines Schiedsspruches und 3,6 h5 nach einem Streik oder einer Aussperrung abgeschlossen.

Die Bezirksarbitraverträge stehen der Zahl nach an der Spitze, dann folgen die Firmenverträge, Ortsarbitraverträge und Reichsarbitraverträge. Die Dauer der Tarifverträge ist bis 4 Jahre. Bemerkenswert ist, wie die Arbeitszeit am 1. Januar 1927 tariflich geregelt war:

Stunden	in Tarifverträgen	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
bis 42	83	1800	555 882
über 42 bis 45	290	12 277	282 666
= 45 = 48	145	9 075	252 045
= 48 = unter 48	86	5 294	75 928
48	5823	490 842	7 715 446
über 48	497	192 281	1 867 805

Nach dieser Aufstellung hatten 84,5 h5 Verträge eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche, 7,1 h5 hatten eine längere Arbeitszeit aufzuweisen.

Schriftenschau

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Steinlohnbergbau. Verhandlungen und Berichte des Untersuchungs für Arbeitsleistung (Enquetenausschuss). Der Bericht behandelt das Material aus den Jahren 1912 bis 1926. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW 68, Kochstr. 68/71.

Die Arbeitsgerichtsbehörden, ihr Aufbau und ihre Zuständigkeit nach dem Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926. Von Dr. jur. Lohar Rud. (Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, herausgegeben von Prof. Dr. Erwin Jakob. Leipzig, 16. Heft.) 152 Seiten Oktav. 1928. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61. Preis 6,40 M. — Zum ersten Male wird hier in systematischer Darstellung die Verfassung der Arbeitsgerichtsbehörden behandelt, denen seit dem 1. Juli 1927 die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfällen unter Ausschluss der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte übertragen ist.

Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens. Eine Bearbeitung des Gesetzes und der Verordnung über die Lohnpfändung von Max Hahn. Preis 1,35 M. Verlag Max Galle, Berlin W 8, Wilhelmstr. 47.

Die deutschen Industrieerwerbsstellen in wahlrechts-, wirtschafts- und bildungsgeographischer Beleuchtung. Verfasser: R. Deben, Doktor der Philosophie und Schreinermeister. 300 Seiten und 36 Illustrationen. Preis brosch. 7,50 M., geb. 9 M. Verlag der Graphischen Anstalt A. Huber, München, Neuturmstr. 2a. 1928.

Zustimmung zur Herstellung eines Arbeitsbuches in der Dreherei und Fräselei. Bearbeitet von Drehermeister Ferdinand Stöcker. Preis 40 J., bei Einbindung von 50 J. postfrei. Selbstverlag E. Stöcker, Gagganau i. B., Werkstr. 7.

Katgeber für die Krankenversicherung von Arthur Han, Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. 1928. Verlag: Friedrich A. Wöckel, Leipzig G. 1, Blumen-gasse 18. Einzelpreis 60 J., bei Parteebestellungen Ermäßigungen bis auf 40 J.

„Wirtschaftsfrieden“ oder Sozialismus?

Von George Hicks,

zweiter Vorsitzender des Britischen Gewerkschaftsrates

In England sind seit Monaten zwischen dem Gewerkschaftsrat und einer Gruppe Großunternehmer Konferenzen im Gange, um die friedliche Regelung von industriellen Streitfragen zu versuchen. Aber die Lustigkeit solcher Konferenzen sind in England wie in andern Ländern die Meinungen der Gewerkschafter natürlich sehr geteilt. In Nr. 12 der WZ haben wir einem Befürworter der Konferenzen, dem Genossen Citrine, seine Meinung darlegen lassen. Heute bringen wir die Ansicht eines Gegners, des Genossen Hicks. Auf dem in vier Wochen zu Swansea tagenden britischen Gewerkschaftskongress wird die heikle Frage in ihrer ganzen Breite aufgerollt werden.

Schriftleitung.

In Großbritannien befindet sich der Kapitalismus im Zustand der Stodung und des Zerfalls und er bietet den Arbeitern nur eine trübe Aussicht auf sich verschlechternde wirtschaftliche Verhältnisse und verstärkte Ausbeutung. Er kann für die Arbeitslosen nichts tun, außer ihre Zahl vermehren, und er kann die Industrie nicht wieder auf die Höhe bringen. Jeder Schritt, den er in dieser Richtung zu unternehmen versucht, trägt zu der Verwirrung bei und beschleunigt seinen Niedergang. Während seine Presse von industriellem Frieden spricht, wird sein Druck auf die Arbeiter in jedem Betracht immer schwerer.

Er drückt auf die Grubenarbeiter, er verlangt von den Eisenbahnern eine Herabsetzung der Löhne und für die Textilarbeiter schlechtere Verhältnisse. Er stellt Forderungen an die Transportarbeiter, wie der londoner Verkehrsplan zeigt. Er verlangt Herabsetzung der Löhne für die Bauhandwerker und gebraucht seine politische Macht, um die Lebensbedingungen der betagten Arbeiter, der Erwerbslosen und ihrer Angehörigen noch elender zu gestalten, die Verarmung und Erniedrigung der Arbeiter zu vermehren, Klagen der Gemeindearbeiter zu unterdrücken und die Gewerkschaft wie die politische Arbeiterbewegung durch Parlamentsbeschlüsse zu erdrosseln.

Er hat keine Heilmittel. Wenn er welche hätte, um den trüben industriellen Stand des Landes, die Arbeitslosigkeit und das Elend von Millionen unseres Volkes zu bessern, würde er sie in den letzten, den qualenden acht Jahren vorgebracht haben. Er besitzt keine Heilmittel und er kann nur Rationalisierung anbieten, was eine Verschlimmerung des ganzen Übels bedeutet. Rationalisierung kann im kapitalistischen Staate keine Wirtschaftskrisis bringen; sie kann, ausgenommen in sehr wenigen Fällen, die Löhne nicht erhöhen, noch das allgemeine Los der Arbeiter erleichtern. Sie kann weder die Industrie stabilisieren, noch die Arbeitslosigkeit aus unserer Mitte entfernen, noch das soziale Elend unserer Städte und Dörfer ausweichen. Wenn die Rationalisierung imstande wäre, eine dieser Besserungen zu bewerkstelligen, sie würde es in Amerika, in Deutschland und in den anderen Ländern getan haben, wo kapitalistische Rationalisierung durchgeführt wurde. Rationalisierung kann nur die Schwierigkeiten und Widersprüche des Kapitalismus erhöhen und nur, allgemein genommen, den Lohn vermindern. Sie kann nur die Arbeitslosigkeit vermehren, die Ausbeutung verstärken und die Lage der Arbeiter noch tiefer drücken.

Ich weiß, daß es in unserer Bewegung viele gibt, die glauben, daß die kapitalistische Rationalisierungspolitik für gewisse Arbeiterschichten Verbesserungsmöglichkeiten bietet. Laßt uns diesen Punkt etwas näher betrachten, es ist der Mühe wert. Wegen dieser Angelegenheit wird der heftigste internationale Streit entbrennen, den die Gewerkschaftsbewegung seit Jahren gehabt hat.

Was ist Rationalisierung? Sie ist kurz gesagt die Vereinigung und Zusammenballung der Industrie. Sie bedeutet die Ausschaltung aller verschwenderischen Verfahren, die vollste Ausnutzung der neuesten arbeitssparenden Maschinen und Vorrichtungen, die Entfernung aller beschränkenden Einflüsse auf die Industrie einschließlich des Einflusses der Gewerkschaften, die vollständige oder teilweise Abschaffung des Lehrlingswesens und der Arbeitsregeln der organisierten Berufe sowie die allgemeine Anwendung bestimmter Methoden für Normung, Arbeitsteilung und Maschinenstellung. Sie bedeutet ferner die Zusammenlegung industrieller Unternehmen, die Bildung riesiger Trusts und Kartelle, die Abschaffung überflüssigen Personals, veralteter Anlagen und Werkstätten, als auch die Stilllegung „unrentabler“ Betriebe.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß jeder Schritt, den die Unternehmer in dieser Richtung unternommen haben, für die Arbeiter eine erhöhte Verarmung und weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit ergab. Jede arbeitssparende Erfindung hat, wenn sie rein für kapitalistischen Nutzen verwendet wurde, Elend mit sich gebracht. Jeder gegen die Arbeitsregeln der organisierten Berufe geführte Schlag hatte ein Sinken der Löhne zur Folge. Jedesmal, wenn eine Werkstatt oder Fabrik geschlossen wurde, waren viele unserer Leute gezwungen, eine Zeit der Arbeitslosigkeit mit allen sich daraus ergebenden Prüfungen und Leiden zu erdulden. In jeder Hinsicht schädigt die Rationalisierung die Arbeiter, ohne sie irgendwie zu entschädigen. Dies ist alles, was der Kapitalismus als „Lösung“ bieten kann. Und gerade diese Rationalisierung drückt dem Bankrott und der Hoffnungslosigkeit des Kapitalismus den Stempel auf, soweit es die Arbeiter betrifft.

Die traurige Lage der britischen Industrie ist, wie ich zugebe, derart, daß die führenden Bankiers und Großindustriellen, diejenigen, die jetzt tatsächlich den ganzen Produktionsapparat besitzen und beherrschen, keine andere Wahl haben, als einen Versuch mit der Rationalisierung zu machen. Sie müssen etwas tun, um die gegenwärtige Lage zu ändern, um zu versuchen, sich selbst zu retten. Ich zweifle jedoch sehr, ob sie ihren Weg auf eine so unheilvolle Weise machen können. Je mehr ich von den Methoden und Weis und Londonberichts, also von den industriellieblich gestimmten Industriellen erfahre, desto mehr gewinne ich die Überzeugung, daß sie, obwohl gewandt und schlau, nicht wissen, wo sie stehen. Der britische Kapitalismus kann sich nach meiner Ansicht nicht erholen, welcher Versuch auch immer gemacht wird. Die Beschränkungen, die dem englischen Kapitalismus auferlegt sind, die unnütze Last überflüssiger Gewinne, die gesetzlichen und anderen Hindernisse, wie Zehnten und Wegerechte, Abgaben, das Grundbesitzrecht und ähnliches mehr sprechen gegen einen schnellen Fortschritt auf der Linie der Rationalisierung.

Andererseits wird das rasche Vordringen der Industrialisierung der Welt, nicht nur in Europa und Amerika, sondern auch im Osten, besonders in Indien und China, das an Schnelligkeit übertrifft, was in England geleistet werden

könnte. Hier sind die Vereinigten Staaten, die mit ihrem Produktionsapparat, den sie nur sechs Monate im Jahre für ihre Bedürfnisse brauchen, die Waren für den auswärtigen Verbrauch herstellen können, die, mit andern Worten, an dem Weltmarkt teilnehmen, um Großbritannien von den Weltmärkten zu verdrängen. Dasselbe gilt bis zu einem gewissen Grad für Deutschland. Und welche Erfolgsaussicht wird die britische Warenerzeugung gegen die Mühlen, Fabriken und Bergwerke in Indien und China haben? Täglich erhöht sich der Druck der internationalen Industrie auf die britische Industrie. Großbritannien ist die älteste Werkstatt in einer Welt von wettbewerbenden Werkstätten; seine Produktionsmethoden werden zunehmend „unwirtschaftlich“ im kapitalistischen Sinn.

Die Zeit ist gegen die kapitalistische Stabilisierung der britischen Industrie. Amerika, Deutschland, Frankreich, Japan, Indien und China werden nicht stillstehen, um Großbritannien in den Stand zu setzen, seine Stellung zu festigen und seine Industrie zu verjüngen. Im Gegenteil, sie werden alles tun, um den britischen Handel und Verkehr von seinen noch vorhandenen Stützpunkten zu treiben. Für die Festigung der englischen Industrie bedeutet die Rationalisierung nicht mehr als eine Frucht des Toten Meeres. Wie steht es jedoch mit den Arbeitern und dem britischen Volk?

Nur der Sozialismus kann der Lage gerecht werden. Im Sozialismus liegt die einzige Hoffnung auf Lösung. Weil ich hiervon durchaus überzeugt bin, begrüße ich die neue Bewegung für eine starke sozialistische Politik. Diese Bewegung ist, wie ich glaube, dringend notwendig in Anbetracht der Drangsal der britischen Arbeiter und der schnell wechselnden wirtschaftlichen Lage. Diese Bewegung ist eine Lebensnotwendigkeit angesichts der Propaganda für den „Industriefrieden“, der als ein kühner Versuch betrachtet werden kann, die Gewerkschaftsbewegung an die Politik der kapitalistischen Rationalisierung zu fesseln.

Ich bin im wesentlichen ein Verfechter der Industrieverbände. Für unsere große Gewerkschaftsbewegung mit ihren Millionen fest organisierter Arbeiter Stimme ich für die stärkste und mächtigste Organisation, die die Arbeiterklasse haben kann. Die Behauptung, daß die besten, tüchtigsten und unerschütterlichsten Leute die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind, ist eine Tatsache. Die Gewerkschaftsbewegung ist die größte organisierte Bewegung in diesem Land. Es gibt keine andere Bewegung in Großbritannien, die so viel Treue, Ergebenheit und Opfer aufweisen kann.

Es ist nichts als eine offenkundige Wahrheit, daß Großbritannien als Nation nicht ohne die Gewerkschafter bestehen könnte, ohne die Männer und Frauen, die ihr Leben der Industrie opfern, die die Felder pflügen, Häuser bauen, Tuch weben, Eisenbahnen bedienen, Kohle fördern und Schiffe über die Meere senden. Nach meiner Ansicht haben wir die Bedeutung und gewaltige Macht dieser großen Bewegung noch nicht erfasst. Es ist das Bestreben vorhanden, sie herabzusetzen. Gegenwärtig besteht, wie ich fürchte, die große Gefahr, sie an den Finanzkapitalismus und die Trusts zu ketten, ausgerechnet zu einer Zeit, wo sie am meisten benötigt wird, um dem kapitalistischen Angriff zu widerstehen und als mächtiges Instrument in den Kämpfen der Arbeiter zu dienen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist und muß die praktische Schule der Arbeiter für die Organisation und den Klassenkampf um des Sozialismus willen bleiben. Wenn die Arbeiter die Macht erworben haben, ist die Gewerkschaftsbewegung der Übungsplatz der Arbeiter für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. „Friedensbündnisse“ in der Industrie wurden schon früher versucht. Haben wir nicht die „Rationale Vereinigung der Unternehmer und Arbeiter“ (Alliance of Employers and Employed)? Waren deshalb die Arbeiter einen Deut besser daran? Haben wir nicht von der Civic Federation und ähnlichen den „Wirtschaftsfrieden“ pflegenden Körperschaften in Amerika gehört? Und gibt es nicht fünf Millionen Arbeitslose, strenger Ausbeutung, Rationalisierung sowie weitverbreitete Not und Elend in Amerika? Verhandlungen durch Gewerkschaftsführer, hinter denen eine geeignete, mächtige und streitbare Gewerkschaftsbewegung steht, können den kapitalistischen Angriff abwehren und Zugeständnisse von den Unternehmern erzwingen, aber Bündnisse mit kapitalistischen Organisationen können nur Unglück bringen.

Dies sind einige der Gründe, die mich zu dem Glauben bringen, daß das als „Wirtschaftsfrieden“ bekannte Bestreben, in Verhandlungen mit den Unternehmern den „wirtschaftlichen Frieden“ zu erlangen, falsch ist und der Arbeiterbewegung schadet.

Vorstandssitzung des IGB

Die vom 23. bis 24. Juli in Köln abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte sich hauptsächlich mit der Vorbereitung der für den 25. und 26. September in Amsterdam anberaumten Ausschusssitzung und mit den auf dieser Tagung zur Lösung gelagerten Reorganisationsfragen zu befassen. Nach kurzer Aussprache wurden nachstehende Beschlüsse angenommen: 1. Die vom Generalkomitee des britischen Gewerkschaftsbundes beantragte Wahl des Genossen Citrine, Generalsekretär der englischen Landeszentrale, zum Vorstandsmitglied des IGB wurde gutgeheißen. Dagegen wurde beschlossen, den Genossen Citrine nach der Bestätigung dieser Wahl durch den Ausschuss zum Vorsitzenden des IGB zu wählen. 2. Was den Sitz des IGB betrifft, dessen Verlegung vom Kongress in Paris beschlossen wurde, beantragt der Vorstand aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Verlegung in Amsterdam bis zum nächsten Internationalen Kongress. Als Generalsekretär wird Genosse Sassenbach vorgeschlagen.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung erwähnen wir die Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit. Nachdem nun die Zustimmung der meisten Landeszentralen zur Durchführung der vom letzten Kongress beschlossenen Erhebung über die tatsächliche Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern und wichtigsten Industrien vorliegt, soll die Erhebung im Oktober dieses Jahres durchgeführt werden. Eine ins Auge gefaßte Erhebung über die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften soll Verhandlungsgegenstand der Ausschusssitzung werden und im nächsten Jahre möglichst zur Ausführung gelangen. — Die Herausgabe eines möglichst billigen Antifriesbuches, das durch die Wiedergabe von Bildern wirken soll, wurde gutgeheißen.

Dem Vorstand lag von den dem IGB nicht angeschlossenen Landeszentralen von Norwegen und Finnland nachstehendes Schreiben vor: Das Sekretariat des norwegischen Gewerkschaftsbundes und das Sekretariat des finnischen Gewerkschaftsbundes erlauben sich hierdurch an die geehrten Vollzugsorgane des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Roten Gewerkschafts-

internationale das Ersuchen zu richten, gemeinsam und auf freier und kameradschaftlicher Grundlage eine Konferenz herbeizuführen zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Roten Gewerkschaftsinternationale, des norwegischen und finnischen Gewerkschaftsbundes und anderer freistehender, führender Landesorganisationen, die sich nach Einladung an einer solchen Besprechung zu beteiligen wünschen.

Als Beratungsgegenstand empfehlen wir die Frage der Schaffung einer Grundlage für eine vollständige internationale gewerkschaftliche Einheit, daneben auch die Frage nationaler, gewerkschaftlicher Vereinigung in jenen Ländern, wo die Gewerkschaftsbewegung noch zerstückelt ist.

Nachstehendes, vom Sekretariat des IGB unterbreitetes Antwortschreiben wurde ohne Aussprache angenommen:

Wir verweisen auf den für uns noch immer maßgebenden Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses 1924 in Wien und den im Anschluß daran geführten Briefwechsel mit dem norwegischen Gewerkschaftsrat, den Sie in unserem dem Internationalen Gewerkschaftskongress 1927 in Paris vorgelegten Tätigkeitsbericht nachlesen können. Auf dem Kongress wurden Anträge zu diesem Teil des Berichtes nicht gestellt, so daß festgestellt werden kann, daß der Kongress mit der vom Vorstand und Ausschuss eingenommenen Haltung einverstanden war.

Seit dem pariser Kongress ist in der Haltung der russischen Gewerkschaften uns gegenüber keine Änderung eingetreten. Man hat die Angriffe auf uns fortgesetzt und den Beitritt der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes abgelehnt.

Die Grundlage für eine Konferenz mit den russischen Gewerkschaften ist daher zur Zeit nicht vorhanden, noch weniger für eine Konferenz zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Diese letztere setzt ihre Angriffe gegen uns und die uns angeschlossenen Landeszentralen fort und eine Annäherung der Ansichten zwischen uns und der RGS ist nirgendwo zu bemerken. Auch wir erkennen die Notwendigkeit an, eine geschlossene internationale Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, halten aber den von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht für geeignet.

Der Kongress des englischen Gewerkschaftsbundes

Dieser wird vom 8. bis 8. September 1928 in Swansea stattfinden. Nach seiner vorläufigen Tagesordnung zu urteilen, verspricht er von großer Bedeutung zu werden. Nicht weniger als 68 Entschlüsse sind eingereicht. Darunter befindet sich eine vom Generalkomitee, worin vorgeschlagen wird, daß, falls irgend einmal es dem Generalkomitee gerechtfertigt erscheint, eine Untersuchung der Haltung irgendeiner Gewerkschaft unter dem Gesichtspunkte anzustellen, daß die Maßnahmen der betreffenden Gewerkschaft der Gewerkschaftsbewegung nachteilig oder den Grundlagen und der Politik des Gewerkschaftsbundes zuwider wären, der Generalkomitee berechtigt ist, die betreffende Gewerkschaft aufzufordern, vor ihm zu erscheinen.

Zwei Organisationen, nämlich der Bahnangestellten-Verband und der Landesverband für das Möbelgewerbe, sind gleicher Auffassung wie der Antrag des Generalkomitees und erziehen um Maßnahmen gegen zerstörende Elemente in der Gewerkschaftsbewegung. Von der ersten wird eine Untersuchung der Ausbreitung und der Methoden der zerstörenden Elemente verlangt, während die zweite Organisation wünscht, daß keinerlei Versuch zur Zerstückelung der Gewerkschaften zugelassen werde und daß in dieser Haltung verharrende Gewerkschaften sich selbst außerhalb der Bewegung stellen. In dem Abschnitt „Internationales“ finden sich zwei Anträge, die von dem Landesverband für das Möbelgewerbe und vom dem Maschinenbauverband herrühren und die Einberufung einer Weltkonferenz der Gewerkschaften bezwecken, während der Landesverband der Erz- und Metallmechaniker die Wiedererrichtung des Vereinigten Englisch-Russischen Beratungsausschusses beantragt. Ferner liegen Entschlüsse vor, in denen der „industrielle Friedensstreik“ des Generalkomitees bekräftigt, eine Untersuchung nach dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Kleinhandelspreisen verlangt, eine Änderung der Arbeitslosenversicherungssätze des Jahres 1927, die Organisation der jugendlichen Arbeiter, die Ratifizierung des Achtstundentagsabkommens usw. gefordert wird.

Gute Aussichten für die amerikanische Automobilindustrie

Die Produktion der amerikanischen Automobilindustrie belief sich im Jahre 1927 auf 3 573 621 Wagen, das ist 81,6 vH der Weltproduktion, während auf England 6,5 vH (231 000 Wagen), auf Frankreich 4,6 vH (190 000 Wagen), auf Kanada (im Besitz des U.S. Kapitals) 4,3 vH (179 429 Wagen), auf die übrigen Länder insgesamt 4 vH entfielen. Von der amerikanischen Produktion wurden 15 vH ausgeführt. Der amerikanische Inlandsabsatz, der früher zum größten Teil auf Neuanschaffung von Nichtbesitzern oder Wechselseitigen beruhte, besteht jetzt überwiegend aus dem Verkauf von Ersatzwagen für verbrauchte Automobile. Die Verkäufe für die erste Gruppe sanken von zwei Millionen Stück auf weniger als eine Million, dagegen stiegen sie für die zweite Gruppe auf zwei Millionen. Hieraus ergeben sich günstige Aussichten für die Automobilindustrie. Gegenwärtig sind gegen 26 Millionen Personenautos im Verkehr. Will man deren durchschnittliche Lebensdauer auf sieben Jahre schätzen, so erfordert der Vergleich die Wiederherstellung von jährlich vier Millionen Wagen, das ist so viel, als die ganze gegenwärtige Weltproduktion ausmacht.

Die Bewegung des Reallohnes in Rußland

Die Woprosy Truda (Nr. 2/1928), die wissenschaftliche Zeitschrift des Arbeiterkomitees, gibt eine Übersicht der Bewegung des Monatslohnes in der Industrie, berechnet in sogenannten moskauer Realrubeln. Danach stellte sich der Reallohn je Monat im Durchschnitt des Jahres:

	1926/27	1925/26	1926/27 in vH gegenüber 1925/26	letzter Reallohn in vH zu 1913
Im Durchschnitt für die Gesamtindustrie . . .	31,29	27,67	113,3	101,2
Im Bergbau und in der Holzkstoffindustrie . . .	32,88	28,83	114,2	78,7
In der Fertigungsindustrie . . .	30,95	27,41	113,1	106,8
darunter in der Metallindustrie . . .	37,37	32,31	116,1	86,5
in der Textilindustrie . . .	25,26	22,29	113,4	123,3
in der Lederindustrie . . .	32,61	29,28	111,4	136,4
in der Lebensmittelindustrie . . .	40,04	35,57	109,2	132,1
Industrie	35,76	32,77	109,0	145,7
in der Nahrungsmitteleindustrie . . .	32,39	30,75	105,3	152,1
in der Holzgewerbe- und Arbeitszeugindustrie . . .	28,65	26,89	107,3	105,0
im Buchdruckgewerbe . . .	33,23	35,61	101,7	101,9
in der Papierindustrie . . .	30,21	28,55	106,8	132,6

Dieser Zahlenreihen ist zu entnehmen, daß nach der amtlichen Statistik in der Zeit von 1925 bis 1926 auf 1926 bis 1927 im Durchschnitt in der gesamten Industrie eine Steigerung des Reallohnes um 13,3 vH erfolgt ist. Es kommt hier der Reallohn in der „Gegenwart“ wie es in der russischen Literatur heißt, den Vorkriegsstand des Reallohnes, der in Rußland bekanntlich sehr unzulänglich war, im Durchschnitt um 1,2 vH überhöht. In einzelnen Industrien, wie zum Beispiel im Bergbau und in der ganzen holzstoffverarbeitenden Industrie war der Reallohn um 21,5 vH niedriger als 1913, und in der metallarbeitenden Industrie sanken am Vorkriegsstande noch 13,5 vH. Schließlich ist eine große Verschiebung zwischen der Höhe des Reallohnes in den einzelnen Industrien zu verzeichnen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adelsstraße 16

